

Erklärung des Bundessprecherkreises der VVN-BdA: Antisemitischer Hetze entgegenzutreten  
Schluss mit dem Krieg – Frieden für Palästinenser und Israelis!

## Die Waffen nieder! Verhandeln statt schießen!

Wir können nicht akzeptieren, dass die berechnete Kritik an der Politik der israelischen Regierung mit antisemitischen Hetzparolen verbunden wird. Viele unserer Kameradinnen und Kameraden sind Überlebende des Holocaust und erleben derartige Angriffe als persönliche Bedrohung. Wir versichern allen Jüdinnen und Juden in Deutschland unsere uneingeschränkte Solidarität.

Die VVN-BdA verurteilt die erneute Eskalation der Gewalt im Nahen Osten. Einmal mehr wird jede Chance auf eine friedliche Lösung für die Menschen in Israel und Palästina der militärischen Logik geopfert.

Wir verurteilen die Politik der Regierung Netanjahu, in jeder Konfliktsituation sofort massive Militärgewalt anzuwenden. Durch Luftangriffe und Bodentruppen sind bereits hunderte Zivilisten bei israelischen Angriffen auf Gaza gestorben. Das Ergebnis ist erneut

eine humanitäre Katastrophe, die die einfache Bevölkerung trifft.

Gleichermaßen verurteilen wir, dass die Hamas mit ihrem ständigen Beschuss israelischer Siedlungen aus dicht bewohnten Gebieten Bewohner Israels bedroht und die eigene Bevölkerung zur Zielscheibe macht. Wir haben kein Verständnis für die Zurückweisung der Feuerpause.

Wir haben in unserer Organisation niemals Zweifel am Existenzrecht des Staates Israel gelassen. Gleichzeitig stehen wir – gemäß der UNO-

Resolutionen – zur Forderung der Räumung der besetzten Gebiete und zum Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat. Beides setzt aber Verhandlungen und Friedenswillen voraus, nicht Krieg. Beide Seiten müssen sich aufeinander zu bewegen. Der fortgesetzte Bau israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten ist eine dauernde Anheizung des Konfliktes.

Die VVN-BdA unterstützt demgegenüber die Friedenskräfte in der Region, wie z. B. Gush Shalom, die mit einem Friedensbus von Jerusalem nach Gaza gefahren sind, von dem aus sie Botschaften des Friedens und der Verständigung senden.

Mit ihnen gemeinsam fordern wir einen sofortigen Stopp aller militärischen Aktivitäten. Dies be-

trifft das Bombardement und die Bodenangriffe der israelischen Truppen in Gaza ebenso wie die Raketenangriffe der Hamas auf israelische Siedlungen.

Wir trauern um die Opfer dieses Krieges. Wir erwarten, dass die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft sich endlich energisch dafür einsetzen, dass Verhandlungen über einen Friedensprozess in Gang kommen, wie sie von arabischen Staaten mehrfach versucht wurden – und zwar unter Einschluss der Hamas. Von der Hamas erwarten wir endlich die eindeutige Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel.

Wir werden auch weiterhin jeder Art von Rassismus und Antisemitismus energisch entgegenzutreten.

Prozesse gegen Antifaschisten gehen im Herbst weiter

## Auch in Dresden - Blockieren ist unser Recht!

Am 10. November 2014 soll der Prozess gegen den Jugendpfarrer Lothar König fortgesetzt werden. Er war im vergangenen Jahr mit einem lauten Knall geplatzt und dann ausgesetzt worden. Königs Verteidiger hatte den Vorwurf erhoben, eine »Fälscherwerkstatt« verantwortlicher Polizisten hätte lediglich belastendes Videomaterial gesucht und der Akte zugefügt.

Es wäre »intentional Material der Akte vorenthalten worden, das das Anklageergebnis konterkariert«. Darüber hinaus war der Prozess von falschen Zeugenaussagen und juristischen Fehlern der Staatsanwaltschaft gekennzeichnet. König muss sich wegen schweren »Landfriedensbruchs« mittels eines Lautsprecherwagens verantworten Angesetzt sind bisher 9 (!) Verhandlungstage. Entgegen anders lautender Meldungen gibt es weder einen neuen Sachstand, noch wurde die diffamierende Anklageschrift der Staatsanwältin nach den im letzten Prozess festgestellten Falschaussagen und Behauptungen neu gefasst. Alles geht von vorne los. Alle Anklagepunkte bestehen nach wie vor.

Auch der Geschäftsführer der Berliner VVN-BdA, Markus Tervoooren, soll sich wegen mehrfachen schweren Landfriedensbruchs und als einer der »Rädelsführer« der erfolgreichen Antinaziblockaden 2011 vor dem Dresdener Landgericht verantworten. Festgestellte Tatwaffen sind ein Megaphon und eine VVN-BdA-Fahne. Sein Prozess soll am 16. Oktober 2014 um 10.00 Uhr vor dem Amtsgericht Dresden eröffnet werden. Der *antifa* erklärte er dazu: »Den abertausenden antifaschistischen Demonstrant\_innen, die in Dresden über Jahre hinweg den Neonazi-Aufmarsch blockiert haben, zu unterstellen, sie hätten



den »Landfrieden« gebrochen, ist mehr als absurd. Wir waren es, die den unerträglichen sächsischen Landfrieden mit den Neonazis, der es erlaubte, dass die Dresdener Innenstadt regelmäßig in einen Neonazi-Erlebnispark unter Polizeischutz verwandelt wurde, ein Ende gesetzt und damit der sächsischen Demokratie auf die Sprünge geholfen haben haben. Den hartnäckigen und jahrelangen Bemühungen tausender Antifaschist\_innen hat gerade die Stadt Dresden und ihr angeschlagener Ruf viel zu

verdanken. Ein »Rädelsführer« in diesem demokratischen Prozess gewesen zu sein, ist durchaus ein vermeintlich schmeichelhafter, wenn auch falscher Vorwurf. Er zeugt von einem grundfalschen Verständnis der antifaschistischen Proteste und diffamiert die Zivilcourage tausender Blockierer\_innen, die diese getragen haben. Neonazis wollen und brauchen Führer, Demokrat\_innen und Antifaschist\_innen nicht! Von Polizist\_innen, Staatsanwält\_innen und Richter\_innen mit einer solch autoritären Vorstellung von Gesellschaft zu tun haben zu müssen – denn darauf beruhen die Anklagekonstrukte gegen Tim, Lothar und mich –, macht mir Bauchschmerzen. Die Blockaden hingegen haben mir wie allen Beteiligten viel Spaß gemacht.«  
**Arthur Nähring**

**Spenden für die erfolgreichen Blockaden und Repressionskosten!**

**Empfänger: Netzwerk Selbsthilfe e.V.,  
Berliner Volksbank  
BIC: BEVODE33  
IBAN: DE12 10090000 7403 8870 18  
Stichwort: »FREI STAAT«**

Ein Beitrag zur Diskussion in der VVN-BdA

# Den Bruderstaat gibt es nicht

Während das Trommelfeuer der deutschen Leitmedien Richtung Russland nicht abklingt und ständig neue Sanktionen diskutiert oder verhängt werden, ist der Konflikt in der Ukraine längst zum offenen Bürgerkrieg mit mehr oder weniger offener Einmischung der Großmächte eskaliert. Weite Teile der antimilitaristischen und antifaschistischen Bewegung, so auch die VVN-BdA, treten richtigerweise für verbale Abrüstung und eine friedliche Lösung durch Verhandeln ein. Doch viele Wortmeldungen zeugen auch von Illusionen über den Charakter des heutigen russischen Regimes.

## Weiß-Blau-Rote Fahnen?

Ein persönliches Erlebnis dazu: Ernsthaft irritiert wurde ich am diesjährigen Tag der Befreiung, dem 8. Mai, bei einer antifaschistischen Gedenkundgebung am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Buch. Mehrere Teilnehmende stellten die weiß-blau-rote Fahne der Russischen Föderation zur Schau. Dies sollte wohl eine Antwort auf die Eskalation in der Ukraine sein. Moment mal, dachte ich mir – war es nicht die Sowjetarmee mit ihrem roten Banner, die den Faschismus niederrang? Was hat die auf zaristische Tradition zurückgehende russische Nationalfahne hier zu suchen? Müssten nicht neben ihr, wenn überhaupt, auch die Fahnen der

post-sow-

jetischen Staaten gezeigt werden, deren Bürger ebenfalls in der Sowjetarmee kämpften?

## Grenzziehung unter Disposition?

Meine Irritation ist seither ständig gewachsen. Manche Antifaschistinnen und Antifaschisten, so scheint mir, übernehmen völlig unkritisch die Sichtweise russischer Großmachtspolitik. So wird vielfach die Annexion der Krim durch Russland gerechtfertigt – und zwar mit Verweis auf die Geschichte. Doch wie viele Staatsgrenzen sind in mindestens ebenso fragwürdiger Weise und in ähnlich junger Vergangenheit gezogen worden wie der Federstrich eines sowjetischen Staats- und Parteichefs, der die Krim der Ukraine zuschlug? Fangen wir jetzt neuerdings auch anderswo an, bestehende Grenzen in Frage zu stellen und anhand von ethnischer und historischer Zugehörigkeit neu zu ziehen? Wir sollten doch zumindest eins aus den letzten Jahrzehnten gelernt haben: Wer mittels selbstgemachter Plebiszite und militärischer Machtanwendung einseitig Grenzen verschiebt, der öffnet die Büchse der Pandora, und die Sache wird keinen Deut besser dadurch, dass es hier einmal nicht die westlichen Großmächte waren, die solches beförderten, sondern Russland. Es ist mir unverständlich, wie dieselben Leute, die beispielsweise die Zerschlagung Jugoslawiens – völlig zu Recht! – verurteilt haben, die russische Risiko-Politik mit stillem Einverständnis oder sogar offenem Beifall hinnehmen können.

## Unsinnige Parteinarbeit

Die leider vorhandene Sympathie vieler links und antifaschistisch gesonnener Menschen mit der abenteuerlichen Politik Putins fußt auf einer verqueren »Der Feind meines Feindes ist mein Freund«-Logik und auf der irrigen Annahme, dass irgendetwas Gutes dabei herauskäme, wenn ein starkes Russland als Gegenspieler von USA und EU aufträte. Doch es kommt nichts heraus beim Gleichgewicht des Schreckens, beim Wettrüsten und Säbelrasseln und dem Poker um Interessensgebiete und Einflusssphären, nichts als Verschwendung von Ressourcen, Hochkonjunktur des Nationalismus auf allen Seiten und blutige Stellvertreterkriege.

Für allseitige Abrüstung sowie den Aufbau eines internationalen Systems der kollektiven Sicherheit und Blockfreiheit zu streiten – das wäre antimilitaristische Politik, nicht aber, einer der konkurrierenden Großmächte zu sekundieren. Das Projekt der russischen Oligarchen und des militärisch-industriellen Komplexes mit Putin an der Spitze ist erklärtermaßen ein eurasischer Machtblock; die dazugehörige Ideologie fällt antidemokratisch, ultranationalistisch, militaristisch und patriarchalisch aus. Von einem solchen Projekt ist kein Fortschritt zu erwarten.

## Falsche Freunde

Weil sie dies verkennen, neigen viele Linke zu verzerrten, einseitigen Bewertungen der Lage: Die Einmischung von USA und NATO wird angeprangert – die ebenso skandalöse und offenkundige Unterstützung dubioser Separatisten durch die russische Seite hingegen verschwiegen oder gerechtfertigt. Auf die ukrainischen Ultranationalisten und Faschisten von »Swoboda« und »Rechtem Sektor«, die im aktuellen gewalttätigen Konflikt eine große Rolle spielen, wird mit dem Finger gezeigt, aber die ebenso abscheulichen russischen Faschisten und Söldner, die verummumt bei den Separatisten mitkämpfen, und die erreaktionären Kosakenverbände, die Russland zu Beginn der Krise aufmarschieren ließ, finden viel zu

häufig keine Beachtung. Oft – und ganz zu Recht – wird von antifaschistischer Seite skandalisiert, dass EU und USA mit Kräften der extremen Rechten wie »Swoboda« paktieren, ihnen an die Macht geholfen und sie salonfähig gemacht haben. Wir sollten dabei aber nicht vergessen, dass Rechtsextreme wie Wladimir Schirinowski und lupenreine Faschisten wie Alexander Dugin schon lange voll ins russische Polit-Establishment integriert sind und die Ideologie dieser Leute und ihresgleichen die Massenmedien und die öffentliche Meinung in Russland durchdrungen hat.

## Putinscher Bonapartismus

Putin und sein System verkörpern genau den Typ von Machtpolitik, für den viele marxistische Gelehrte den Begriff des Bonapartismus geprägt haben. Der Putinsche Bonapartismus mit seiner Unterdrückung jeder ernsthaften Opposition, seiner Homosexuellen-Diskriminierung, seinem imperialen Macho-Gehabe, seiner Beweihräucherung durch eine wieder aufgepäppelte reaktionär-orthodoxe Kirche setzt viele der schlimmen Traditionen des Zarismus fort.

## Antimilitarismus auf der Höhe der Zeit

Manchmal ist in diesen Tagen zu hören, dass der Platz der Friedensbewegung heute an der Seite Russlands sei. Nein – der Platz antifaschistisch und antimilitaristisch denkender Menschen ist nicht an der Seite Russlands, der USA, der EU oder eines anderen geopolitischen Spielers und auch nicht an der Seite ukrainischer oder russischer Nationalisten. Unser Platz ist bei den linken und antifaschistischen Bewegungen in der Ukraine und Russland, so sehr diese momentan auch an den Rand gedrängt sein mögen. **Mathias Wörsching, VVN-BdA Berlin-Pankow**

**Lesetipp: Andreas Umland: Pathologische Tendenzen im russischen Neoeurasismus (in: Jenseits der Epoche? Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa, Münster 2011, Unrast-Verlag, Seiten 61-75).**

Das Büchlein ist auf der Internetseite [faschismustheorie.de](http://faschismustheorie.de) rezensiert worden (unter »Literaturbesprechungen«).



Aktionen zum Altonaer Blutsonntag

# Erinnern, nicht nur um zu erinnern

Am ersten August wurde in Altona an »vier von uns« erinnert, die an diesem Tag vor 81 Jahren als erste Opfer der faschistischen Justiz hingerichtet wurden.

Das Gedenken der VVN-BdA Altona wurde unterstützt von einer Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen. Darunter auch von der Rap-Combo OneStepAhead aus Steilshoop, die dem diesjährigen Gedenken an die Ereignisse des Naziaufmarsches und Polizeimassakers am Altonaer Blutsonntag im Juli 1932 und der darauf folgenden Verfolgung von Antifaschisten, die für den Widerstand dagegen verantwortlich gemacht wurden, mit ihrem eigens zu diesem Thema geschriebenen Lied das Motto geschenkt hatten.

»Erinnern, nicht nur um zu erinnern, wir erinnern, um in Zukunft Nazis zu verhindern«. Entsprechend umjubelt wurde die Gruppe, als die ersten Takte dieses Liedes vor den über 100 Teilnehmenden im Schatten der ehemaligen Polizeikaserne Altona gereimt wurden.

Die vier Antifaschisten, die stellvertretend für den antifaschistischen

Widerstand und die Resistenz der kommunistischen Arbeiterbewegung noch in der Weimarer Republik mit gefälschten Beweisen angeklagt und am ersten August 1933 mit dem Handbeil hingerichtet wurden, sind durch das Gedenken der VVN-BdA im Stadtteil präsent geblieben und wurden in diesem Jahr in einem kleinen Umzug auf großen Plakaten auf dem Weg zum Konzert durch »ihre« Straßen getragen.

Vorher wurde am Hinrichtungsplatz das Motto des Gedenkens beim Wort genommen. In mehreren Reden zu den historischen Ereignissen wurde – umrahmt von antifaschistischen Liedern eines wunderbaren Chors – auf die Notwendigkeit einer klaren Kante gegen Nazis und Verhältnisse, die diese groß werden lassen, hingewiesen. Besonders wurde in diesem Jahr eine klare Positionierung gegen den Vormarsch und die Verbrechen der Faschisten in der Ukraine eingefordert.



Der Gedenkmarsch durch die Straßen Altonas. Foto: chodinski

Nach den Ereignissen des Blutsonntags 1932 in Altona wurde aus der Tatsache, dass staatliche Behörden den Nazis die Straße freischießen und gemeinsam mit ihnen Antifaschisten angreifen, eine unübersichtliche Gemengelage konstruiert, bei der es keine Opfer und keine Täter mehr gab.

Wie die Vertreterin der VVN-BdA Altona in ihrer Rede sagte: »Wir

können aus der Geschichte lernen, dass wir einen unverstellten Blick auf die Ereignisse brauchen. Das bedeutet, die Geschehnisse in ihrem Zusammenhang zu begreifen, nach Interessen zu fragen, die dahinter stehen. Sich nicht mit der Oberfläche zufrieden geben. Uns unsere Geschichte zurück zu erobern bedeutet auch, Handlungsfähigkeit und Stärke zu gewinnen.« **Max**

Montagsmahnwache – eine Chance für die Friedensbewegung?

# Genau hinsehen und hinhören

Im März fanden die ersten »Mahnwachen für den Frieden« statt. Thema war vor allem die Situation in der Ukraine, von der die Teilnehmenden befürchteten, sie könnte zum »Dritten Weltkrieg« führen. Schnell kam es zur Gründung eines Dachverbands »Friedensbewegung 2014«, in dem die lokalen Initiativen zusammengeschlossen sind. Was »spontan« und »unorganisiert« wirkt, wurde allerdings von Personen initiiert, die entweder selbst rechts verortet sind, wie der Querfront-Strategie Jürgen Elsässer, der AfD-Anhänger mit Sympathien für Nazis Lars Mährholz und der Antisemit Ken Jebsen oder von solchen, die keine Notwendigkeit sehen, sich nach rechts abzugrenzen.

Querfront-Strategie zeichnet sich in der Praxis aus durch Konzentration auf ein Ziel, das angeblich »ideologiefrei« durch breite Mobilisierung »nicht links, nicht rechts, sondern vorwärts« (J. Elsässer) verfolgt wird. Dem entspricht z. B. der Verhaltenscode, dass keine Erkennungszeichen von Organisationen bei »Montagsmahnwachen« gezeigt werden dürfen. Inhaltlich wird dies durch die platte Art von »Kapitalismus«- und »Imperialismus«-Kritik

deutlich, die immer dort auftaucht, wo Rechte versuchen, linke Themen zu besetzen. Statt Analyse komplexer Zusammenhänge geht es da um simple antiamerikanische Ressentiments und undifferenzierte Pro-Russland-Haltung, die Ablehnung des »Zinssystems«, das angeblich den Kern des Kapitalismus ausmacht und – seit Beginn des jüngsten Gaza-Krieges – um einseitige Israel-Schelte. Dazu kommen eine allgemeine »Eliten«-Kritik mit

Schwerpunkt auf Banken, Politiker und Medien, die – direkt oder indirekt – als Teile einer Verschwörung dargestellt werden.

Dass bei den »Montagsmahnwachen« jede Menge Menschen unterwegs sind, die einen erheblichen Teil ihres Lebens online verbringen und davon überzeugt sind, dass »die Wahrheit« im Netz verbreitet wird, passt dazu.

Warum das in Hamburg anders sein sollte, können die Teile der Friedensbewegung, die bereits am 28. Juli und Anfang August vor dem »Spiegel«-Gebäude und nun auch am Antikriegstag zusammen mit der »Montagsmahnwache« als »Friedensnetz« aufgetreten sind, nicht überzeugend begründen. Auch hier sind allerhand Esoteriker, Anhänger von Silvio Gesells »Gemeinwirtschaft« und Internet-Wahrheitssucher unterwegs. Auch

hier dürfen keine Organisations-Kennzeichen (willkommen sind allerdings Palästina-Flaggen) gezeigt werden. Auch hier fühlt man sich gut vertreten von Pedram Shahyar, der zwar angeblich mehrfach dafür gesorgt hat, das Elsässer nicht auftreten konnte, der sich aber problemlos auf Mährholz beruft und mit Jebsen im Doppelpack auftritt. Auch die »Mahnwache Hamburg« hat für die Anti-»Spiegel«-Kundgebung mit einem Video von Jebsen geworben: Dämonisierung des »Spiegels«, Inszenierung der eigenen Person als Vertreter der unbedingten Wahrheit und – weiter hinten im YouTube-Video, wo es dann um Gaza geht – antisemitische Ausfälle.

Fazit: In Zeiten, in denen Rechte offensiv versuchen, linke Themen zu besetzen, sind wir gut beraten, genau hinzusehen, mit wem wir uns in eine Reihe stellen, genau hinzuhören, was gesagt wird. Dort, wo – wie für Hamburg belegt – Mikrophone auch einschlägig vorbestraften Neonazis offenstehen, sollten Antifaschistinnen und Antifaschisten sich fernhalten. **Cornelia Kerth**

## Hamburger VVN-BdA Termine

**Samstag, 6. September, 11 Uhr**

Zwangsarbeit in Billstedt. Eine etwas andere Stadtteil-Busrundfahrt durch Billstedt und Billbrook (Dauer ca. 2 Std.). Treffpunkt: Gedenkstein vor dem Kundenzentrum Billstedt (ehemals Ortsamt), Öjendorfer Weg 9. Anmeldung erbeten unter [vvn-bda.hh@t-online.de](mailto:vvn-bda.hh@t-online.de) oder 0173/9 32 09 10.

**Sonntag, 14. September, 11 Uhr**

Gedenkveranstaltung: »Menschen, wir hatten euch lieb«. Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg. Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

**Sonntag, 21. September, 17 Uhr**

Film »Drei Tage im April«, D 1995, Regie Oliver Storz. Kommunales Kino METROPOLIS, im Metropolishaus Dammtorstraße/Ecke Kleine Theaterstr., Eingang Kleine Theaterstr. 10

**16. Oktober bis 13. November**

Harburger Gedenktage 2014. Ausgegrenzt – Wohnungslose, Randständige und »Gemeinschaftsfremde« im Nationalsozialismus. Bücherhalle Harburg, Eddelbützelstraße 47a, 21073 Hamburg. Veranstalterin: Initiative Gedenken in Harburg

**Sonntag, 26. Oktober, 17 Uhr**

Film »Menschliches Versagen«, D 2008 von Michael Verhoeven. Kommunales Kino METROPOLIS, im Metropolishaus Dammtorstraße/Ecke Kleine Theaterstr., Eingang Kleine Theaterstr. 10

**Sonabend, 1. November, 17 Uhr**

Film »Numbered«, Israel 2012, von Dana Doron und Uriel Sinai, OmU. Die tätowierte Nummer am Unterarm ist vielen ehemaligen Auschwitz-Gefangenen stetige Erinnerung an die grausame Zeit in den Konzentrationslagern der Nazis. Nur wenige davon sind heute noch am Leben. Numbered führt das Kinopublikum nach Israel, begleitet einige der Überlebenden mit ihren Geschichten

und zeichnet einzigartige, hoch emotionale Porträts von ihnen. Der Film zeichnet die dunkle Zeit in den Lagern nach und erforscht die sich wandelnde Bedeutung der tätowierten Nummern bis heute – als kollektives wie auch persönliches Symbol, das seine Träger/-innen zusammenführt und den Zuschauer/-innen ermöglicht, in ihre Geschichten voller Trauer, aber auch Lebenslust einzutauchen. Kommunales Kino METROPOLIS, im Metropolishaus Dammtorstraße/Ecke Kleine Theaterstr., Eingang Kleine Theaterstr. 10

**Donnerstag, 6. November, 19.30 Uhr**

»Gegen das Vergessen«. Veranstaltung des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V. zur Erinnerung an die Pogromnacht am 9. November 1938. Universität Hamburg, DWP (ehemals HWP), Von-Melle-Park 9, Hörsaal, 20146 Hamburg

**7. bis 16. November**

3. Woche des Gedenkens in Bergedorf.

**Freitag, 7. November, 19.30 Uhr**

Podiumsdiskussion »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen«. Zum Umgang mit alten und neuen Nazis in der BRD, Syrien (Brunner), Bolivien (Barbie) und Argentinien – Neofaschismus und Rechtspopulismus in Europa, mit Beate Klarsfeld, deutsch-französische Journalistin, engagiert bei der Aufklärung und Verfolgung von NS-Verbrechen, und Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), VVN-BdA. KulturForum Serrahn e. V., Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg (im Rahmen der 3. Woche des Gedenkens Bergedorf)

**Sonntag, 9. November, 15.30 bis 16.30 Uhr**

»Erinnerung und Mahnung« – Mahnwache anlässlich des 76. Jahrestags der Reichspogromnacht. Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), 20146 Hamburg. An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9. November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet.

## Gedenkort Lohseplatz

Hamburg Hafencity – eine Metropole, mit der die Stadt Maßstäbe setzen will. Dazu gehören auch die Schattenseiten der Stadtgeschichte, die hier einen Ort der Erinnerung erhalten sollen: Der Lohseplatz.



2005 eingeweihte Gedenktafel

Der Vorplatz des früheren Hannoverschen Bahnhofs soll mit einem Informations- und Dokumentationszentrum zum Gedenkort werden. Hier soll an die Schicksale derjenigen erinnert werden, deren Reise zwischen 1940 und 1945 nach dem Willen der Nazis eine Reise ohne Rückkehr wurde. 5.848 Jüdinnen und Juden sowie 1.264 Sinti und Roma sind von hier in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert worden – in den Tod.

Zu Recht, findet Ursula Suhling, ist der ehemalige Bahnhofsvorplatz ein Ort des Gedenkens. Ihre Forderung: »An diesen Ort gehört auch die Würdigung der »999er Strafsoldaten« – Hamburger Antifaschisten, die hier ihre Reise ohne Wiederkehr antreten mussten.

In ihrem Buch »999er-Strafsoldaten - deportiert vom Hannoverschen Bahnhof. Hamburger Antifaschisten in Wehrmachts-Uniform« beschreibt sie deren Schicksal, zu denen ihr Vater gehörte (*antifa* Mai/Juni 2014, Länderbeilage, S. 11). Sie nimmt daher die Hamburger Kultursenatorin Barbara Kisseler beim Wort, die 2012 schrieb: »... wir [sind] in der Verantwortung, das Wissen und Bewusstsein um die damaligen Diskriminierungen, die Deportationen und das Morden in den Konzentrationslagern zu vermitteln. Wir sind dies den nachwachsenden Generationen schuldig.« Die VVN-BdA Hamburg und die Willi-Bredel-Gesellschaft e. V. unterstützen Ursula Suhlings Forderung – weil wir es den nachwachsenden Generationen schuldig sind!

Georg Chodinski

Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Universität Hamburg. Im Anschluss beginnt die Anwohner-Initiative »Grindel leuchtet« die Stolpersteine in den Straßen des Viertels zu illuminieren. Zuvor ab 14.30 Uhr führt die »Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchtertschule Dr.-Alberto-Jonas-Haus« einen Spaziergang durch das Grindel-Viertel durch.

**Mittwoch, 12. November, 19.30 Uhr**

Lesung: Widerständiges Frauenleben – Sophie Schoop, Gerda Ahrens, Lina Knappe. Eine Jüdin, eine Sozialdemokratin, eine Kommunistin – mit Lesung und Gespräch wird

an drei Hamburgerinnen erinnert, die eins gemeinsam hatten: ihren Mut zur Menschlichkeit und den Willen, sich der Unmenschlichkeit des Naziregimes nicht zu beugen. Gemeindesaal Petri und Pauli, Bergedorfer Schloßstraße 5, 21029 Hamburg (im Rahmen der 3. Woche des Gedenkens Bergedorf)

**Sonabend, 15. November, 13 Uhr**

»Wer sind die Personen, nach denen unsere Straßen heißen?« Stadtteilrundgang in Neu-Allermöhe West. Treffpunkt: S-Bahnhof Allermöhe. Veranstalterin: VVN-BdA Bergedorf. (im Rahmen der 3. Woche des Gedenkens Bergedorf)

Ausstellung im Rathaus eröffnet

## Das Schicksal der Zwangsarbeiter in Hamburg

Am 21. August wurde im Hamburger Rathaus eine Ausstellung über Zwangsarbeit in Hamburg in den Jahren 1939 bis 1945 eröffnet. Bürgermeister Olaf Scholz begrüßte die Anwesenden. Zugegen waren auch einige ehemalige Zwangsarbeiter aus Polen und der früheren Sowjetunion.

Um die 500.000 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen mussten in Hamburg schuften – manchmal zwölf Stunden am Tag, und das bei dürftiger Verpflegung und völlig unzureichender Bekleidung. Die Unterkünfte wurden gezeigt, meist Holzbaracken. In der Ausstellung wurde von einer Frau berichtet, die eine »Suppe« mit angefaulten Steckrüben essen musste, in der schon die Würmer schwammen. Bei Luftangriffen durften diese Menschen nicht in die Bunker. So

kam es, dass bei einem Angriff auf die Valvo-Werke in Lokstedt 140 Frauen umkamen.

Bei den geringsten Vergehen gab es Strafen, etwa, wenn heimlich ausländische Sender gehört wurden. Die »Schuldigen« kamen dann ins Arbeitserziehungslager Langer Morgen in Wilhelmsburg, in einigen Fällen auch ins Gefängnis Fuhlsbüttel oder ins KZ Neuengamme. Einigen gelang auch die Flucht, sie versteckten sich dann auf dem Land bei Bauern.

Nach 1945 galten die Zwangsarbeiter/-innen bei der britischen Besatzungsmacht als »displaced persons« (DP). Für sie wurde ein großes Haus in Wentorf bereitgestellt. Dann wurden sie schrittweise in ihre Heimatländer gebracht. Große Schwierigkeiten gab es in der Sowjetunion. Denn

ob bewusst oder unbewusst – sie hatten mit ihrer Arbeit geholfen, den Krieg zu verlängern. Sie galten als Verräter an der sowjetischen Sache und wurden auch so behandelt. Einige gingen dorthin, wo sie niemand kannte, etwa nach Georgien oder Sibirien. Von einer Frau wurde erzählt, dass sie eine sehr gute Arbeit teils in hoher Position verrichtete, aber nie eine Auszeichnung bekam, weil sie »keine vollwertige Bürgerin der Sowjetunion« sei.

Dokumentiert wird der lange Kampf um Entschädigung von den Firmen, die von der Zwangsarbeit profitiert hatten, meist durch mehrere Instanzen. Irgendwann gab es einen Entschädigungsfonds, in den die Firmen einzahlten. Aber nur wenige Überlebende kamen in den Genuss dieser Gelder,

die meisten waren inzwischen verstorben.

Überflüssig zu sagen, dass die systematische Aufarbeitung der Schicksale dieser Menschen erst sehr spät in den achtziger und neunziger Jahren begann. Lange galten sie als »vergessene Opfer« des Faschismus.

Die Ausstellung schließt mit dem Besuchsprogramm des Hamburger Senats, das im Jahr 2000 angefallen ist. Demnächst dürfte es beendet werden, weil die wenigen, die noch am Leben sind, kaum noch reisefähig sein dürften.

Die Ausstellung läuft noch bis Mitte September. Der dazugehörige Katalog kostet 5 Euro. Er ist sicher auch nach Ende der Ausstellung in der Gedenkstätte KZ Neuengamme zu haben.

*Hans-Joachim Meyer*

Hundert Jahre Erster Weltkrieg

## Sechstes Ohlsdorfer Friedensfest

Neonazis haben zwischen 2003 und 2009 die Kundgebungen an den Gräbern der Bombenopfer des Zweiten Weltkriegs missbraucht, um die Ursachen des Zweiten Weltkriegs umzudeuten und die Verbrechen des Faschismus zu relativieren. Mit dem Ohlsdorfer Friedensfest tritt das »Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest« diesen Versuchen durch Präsenz und konstruktiven Gegenentwurf entgegen.

Unter dem Titel »100 Jahre Erster Weltkrieg – Technisierung und Massenvernichtung« fanden in diesem Jahr wieder zahlreiche Veranstaltungen auf dem Friedhof Ohlsdorf statt, um der Opfer der Weltkriege und des Nationalsozialismus zu gedenken und an Verfolgung und Widerstand zu erinnern.

Eröffnet wurde das Fest mit einem Vortrag von Ulrich Schneider, Fédération Internationale des Résistants (FIR), zum Thema »Extreme Rechte in Europa und im Europäischen Parlament«, der deutlich machte, wie erschreckend weit alte und neue Nazis vorangekommen sind.

Vier Veranstaltungen befassten sich mit dem Ersten Weltkrieg. Besonders beeindruckend war die Lesung aus »Das Menschenschlachthaus – Bilder vom kommenden Krieg«, das Wilhelm Lamszus be-

reits 1912 veröffentlichte. In einer Podiumsdiskussion beschäftigten sich Rita Bake, Sabine Kienitz und Lutz Rehkopf mit der Frage, wie die Gemengelage zwischen Kriegswillen, Einsatz modernster Technik, Kriegseuphorie und Propaganda im Abstand von 100 Jahren zu bewerten ist. Die südfranzösischen Sänger und Komponisten Coko Corentin und Danito stellten unter dem Titel »Le Cri du Poilu« Friedenslieder aus dem Schützengraben vor, begleitet von Akkordeon und Gitarre. Den Schlusspunkt setzte die szenische Collage zum Ersten Weltkrieg »Weltenbrand«, von der man sich noch viele weitere Aufführungen wünschte.

Ein weiterer Schwerpunkt war in diesem Jahr das Thema »Widerständiges Frauenleben«. Dazu stellte die VVN-BdA 17 Frauen vor, die Aenne Bohne, Lisbeth Bruhn und Marie



Werner Stender mit Tochter Ruth Barriff zu Gast auf dem Ohlsdorfer Friedensfest. Foto: g. chodinski

Prieß nach ihrem Untertauchen im Sommer 1943 unterstützten. Um widerständige, mutige Neinsagerinnen, stille Retterinnen und mahnende Zeuginnen ging es auch in dem Beitrag vom »Garten der Frauen e. V.« Der ver.di-Arbeitskreis Antirassismus zeichnete die Lebenswege von Käthe Latzke und Lisa Niebank nach. Mit einem kleinen Film erin-

nete die VVN-BdA an Mariechen Schneemann, die die NS-Justiz als »asozial« eingestuft hatte.

Damit ist noch nicht einmal die Hälfte der Veranstaltungen genannt, die während des Ohlsdorfer Friedensfestes in diesem Jahr stattgefunden haben. Im Vergleich zum letzten Jahr zeigt sich: Das Bündnis ist noch breiter, die Veranstaltungen sind internationaler geworden und haben an Qualität gewonnen.

Das Friedensfest wird auch im nächsten Jahr stattfinden und daran erinnern, dass auch 72 Jahre nach dem Hamburger Feuersturm gilt: »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!«.

*Ilse Jacob*

**Redaktion: H. J. Meyer**  
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA  
Landesvereinigung Hamburg  
Telefon: 040 / 31 42 54  
E-Mail: [vvn-bda.hh@t-online.de](mailto:vvn-bda.hh@t-online.de)

**Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA!**  
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, Haspa,  
IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183  
BIC: HASPDEHXXX

Wirklich ein »entscheidender Schlag gegen die rechte Szene in Bayern«?

# Zum Verbot des »Freien Netzes Süd«

Wenige Tage nach dem Verbot des Nazi-Organisationsgeflechtes »Freies Netz Süd« durch das Bayerische Innenministerium hat sich Günter Pierdzig von der VVN-BdA Bamberg, Mitglied im Landesvorstand der VVN Bayern und aktiv in den leitenden Gremien der »Nordbayerischen Bündnisse gegen rechts«, mit einer ausführlichen Einschätzung an die Öffentlichkeit gewandt. Einige Auszüge:

»Mit großem medialen Aufwand hat das Bayerische Innenministerium am 23. Juli 2014 das Freie Netz Süd (FNS) verboten und das Grundstück Oberprex 47 beschlagnahmt, ebenso die dort vorhandenen »Agitations- und Propagandamaterialien« des Naziunternehmens »Final-Resistance-Verlag«. Vorausgegangen waren eine mehrjährige Debatte und ein jahrelang öffentlich gefordertes Verbot, besonders durch die zivilen Bündnisse gegen rechts. Auch der einstimmige Beschluss für eine Verbotsforderung durch den Bayerischen Landtag im Frühsommer 2012 muss hier erwähnt werden.

Im Juli 2013 waren dann endlich in einer großangelegten Polizeiaktion mit ca. 700 Polizisten über 70 »Objekte« der Neonazis in ganz Bayern durchsucht worden, die verdächtig waren, (nicht nur) das

FNS zu unterstützen. Bei dieser Razzia wurden Nazifahnen und NS-Devotionalien, Rechtsrock-CDs, Messer, Pistolen, Schlagstöcke und vor allem Computer beschlagnahmt, die Rückschlüsse zuließen auf die überregionale Zusammenarbeit der einzelnen Kameradschaftsgruppen und deren ideologische Bezüge zum Nationalsozialismus.«

Kritisch merkt der Autor an, dass das Verbot des FNS und die Beschlagnahmungen bereits am 2. Juli 2014 im Bundesanzeiger angekündigt und am 23. Juli 2014 veröffentlicht worden seien. Pierdzig beschreibt die Entwicklung des Nazi-Netzwerkes seit seiner Gründung 2008/2009, dessen führende Figuren, die Aufmärsche, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten an vielen Orten. Seine Quintessenz: »Das FNS gehörte somit zweifellos zur



Aktivisten des Freien-Netz-Süd Sebastian Schmaus und Matthias Fischer beim Parteivorsitzenden der »Goldenen Morgenröte« Nikolaos Michaloliakos im Athener Parlament Anfang 2013.

größten und aktivsten Vernetzung örtlicher Neonazikameradschaften nicht nur in Bayern.«

Das Verbot des FNS sei daher sehr begrüßenswert, »wurde doch damit der Neonaziszene ein zentraler Treffpunkt genommen.« Allerdings: »Das Verbot kam aber nicht überraschend, denn die führenden Nazikader hatten sich bereits seit der Julirazzia von 2013 darauf eingerichtet. Seit Ende 2013 haben sie

sich der neuen Gruppierung »Der III. Weg« angeschlossen und bereits Stützpunkte in Hof, München und Plauen gegründet.« Davon spräche das Innenministerium allerdings nicht. Der »(laut Innenministerium) entscheidende Schlag gegen die rechte Szene in Bayern« also nur ein »Phantomverbot«? fragt der Autor.

Der gesamte Text ist im Internet beim VVN-Landesverband Bayern veröffentlicht: [bayern.vvn-bda.de/category/artikel](http://bayern.vvn-bda.de/category/artikel).

20 Millionen für »Sudetendeutsches Museum« in München

## Projekt vom Landtag abgenickt

In einer im Frühjahr 2014 erschienenen Broschüre der »Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik« befasst sich Renate Hennecke, Übersetzerin, Journalistin und Landessprecherin der VVN-BdA Bayern, kritisch mit dem Projekt »Sudetendeutsches Museum«, das – mit Landes- und Bundesmitteln großzügig gefördert – in der bayerischen Landeshauptstadt auf den Weg gebracht wurde.

Aus dem Landes-Sozialetat sollen für den 2006 vom damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber initiierten Bau 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Ausführlich geht die Verfasserin auf die Vorgeschichte und die Entwicklungen ein, die das Projekt seither genommen hat, stellt die beteiligten Persönlichkeiten aus »Vertriebenen«- und anderen Zusammenhängen vor, nicht zuletzt die im »wissenschaftlichen Beirat« für das geplante Museum Vertretenen. Konzepte für eine angebliche »Multiperspektivität« des Projektes werden vorgestellt – und die solch einer Perspektivität eher entgegenste-

henden sehr realen Bezüge auf »ungebrochene Visionen vom »deutschen Osten«, in dem Tschechen und Andere gar nicht vorkommen«. Wie es aussieht und in dieser Untersuchung nachzulesen ist, ist Widerspruch in Landtagsgremien bisher kaum vorhanden. Das sollte eigentlich Grund genug für eine kritische Öffentlichkeit sein, dieses Millionenprojekt einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. E. A.

Die Untersuchung von Renate Hennecke: »Studienreihe« Nr. 27/2014, kann im Internet abgerufen werden unter [www.flink-m.de/studienreihe.0.html](http://www.flink-m.de/studienreihe.0.html)



## Landeskonferenz der VVN-BdA Bayern

Die 34. Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Bayern findet statt am 18./19. Oktober 2014 im Kolpinghaus Augsburg, Frauentorstr. 29, 86152 Augsburg. Beginn ist am Samstag um 11 Uhr, am Sonntag um 9 Uhr.

Auf der Tagungsordnung stehen satzungsgemäß die Rechenschaftslegung des Landesvorstandes, die Kassen- und Revisionsberichte, die Neuwahlen der

Landesvorstands-Gremien und der Bundesausschuss-Mitglieder. Inhaltlich wird es bei der Konferenz unter anderem um Rechtsentwicklung und Neofaschismus in Bayern gehen, um den NSU-Prozess und Konsequenzen daraus, um Flüchtlingspolitik und Rassismus. Zur Diskussion stehen wie stets auch

Geschichte, Selbstverständnis und Zukunftsperspektiven der VVN-BdA, Möglichkeiten antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederwerbung und Bündnispolitik. Wo noch nicht geschehen, finden derzeit in Kreisorganisationen der VVN-BdA Bayern Delegiertenwahlen statt. Den von ihren Kreisverbänden gewählten Delegierten gehen detaillierte Konferenzunterlagen demnächst per Post zu. Wie immer ist die Konferenz »mitgliederöffentlich« – aus organisatorischen Gründen bitten wir bei Interesse um eine kurze Voranmeldung im VVN-BdA-Landesbüro in München.

## Erinnerungen an den Arbeiterbewegungs-Widerstand in München und Nürnberg

# »Es gab nicht nur den 20. Juli...«

Vor 70 Jahren wurden in München in fünf Prozessen über dreißig Mitglieder des Widerstandskreises um Hans Hartwimmer und Wilhelm Olschewski vor dem Volksgerichtshof oder dem Oberlandesgericht zu oft langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Gegen sechs wurde die Todesstrafe ausgesprochen, fünf kamen in Haft oder im KZ Dachau zu Tode. An diese, in der Öffentlichkeit nach wie vor wenig bekannten Opfer erinnern in einer Veranstaltung vor rund 100 Interessierten im Juli 2014 in der Münchner Seidlvilla das Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, die Lagergemeinschaft Dachau und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

Friedbert Mühldorfer, VVN-BdA, und Prof. Ludwig Eiber vom Arbeiterbewegungs-Archiv führten in die historischen Zusammenhänge ein. Mitglieder der veranstaltenden Organisationen trugen Kurzporträts

der Lebenswege von fünf Mitgliedern der Widerstandsgruppe vor.

Der Großteil der an den Widerstandsaktionen Beteiligten kam aus der Arbeiterbewegung, die meisten von ihnen aus der KPD und deren

Umfeld. Viele waren bereits in den Jahren davor von den Nazis verfolgt worden, hatten Gefängnis- und KZ-Haft in Dachau oder anderen Lagern erleiden müssen und sich nun, in den ersten Kriegsjahren, erneut gefunden und zu gemeinsamem Widerstand entschlossen.

Der Kreis war Teil eines Netzwerkes um den Münchner Hauptmann a. D. Josef Römer, der in Berlin seit 1940 in Verbindung mit einer weitverzweigten Gruppe um Robert Uhrig stand. Römer und Hartwimmer gehörten nach 1918 und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zu reaktionären Freikorps wie dem »Bund Oberland«, die den Aufstieg der Nazis mit beförderten, sagten sich spätestens Anfang der dreißiger Jahre jedoch, nicht zuletzt beeinflusst durch das Beispiel des ehemaligen Reichswehr-Leutnants Richard Scheringer, von ihren ehemaligen Umfeldern los und näherten sich über die »Aufbruch«-Kreise der damaligen KPD an. Wilhelm Olschewski wiederum, schon 1918 ein Räte-Revolutionär, seine Söhne und sein und deren Umfeld, kamen von der anderen Seite der Barrikade. Es gab aber bereits aus den Jahren vor 1933 Querverbindungen, die dann ab Ende der dreißiger Jahre wirksam wurden. Nachdem es der Gestapo gelungen war, die Widerstandsnetze weitgehend aufzurollen, folgten 1944 die Prozesse vor dem so genannten Volksgerichtshof.

**Spenden für die VVN-BdA Bayern:** Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

**Wichtiger Hinweis:** Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!  
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: [lv-bayern@vvn-bda.de](mailto:lv-bayern@vvn-bda.de)

**Redaktion:** Ernst Antoni

Im April 1944 wurden die Todesurteile ausgesprochen: Hans Hartwimmer, Gustav Straub, Johann Reisinger, Engelbert Kimberger, Wilhelm Olschewski jun., Otto Binder, Karl Huber waren in München betroffen. Das Todesurteil gegen letzteren wurde postum verhängt, er war bereits im Februar in Gestapohaft verstorben, weil ihm ärztliche Hilfe verweigert worden war. Wilhelm Olschewski sen. war bereits in der Nacht zum 1. Mai 1943 in Stadelheim erschlagen worden. Die Hinrichtungen mit dem Fallbeil erfolgten in Stadelheim am 28. Juni 1944.

Rund zwei Wochen vor der Gedenkveranstaltung in der Seidlvilla hatte der Veranstalterkreis bereits zu einer vormittäglichen Feierstunde am Olschewski-Binder-Familiengrab am Münchner Nordfriedhof eingeladen. Die Stadt München würdigte (erstmalig seit vielen Jahren) die Erinnerung an die kommunistischen Widerstandskämpfer mit einem großen Kranz.



Die Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim. Schwer, das einstige Hauptgebäude hinter heutigen »Sicherheitsstrakt«-Mauern noch ins Bild zu bekommen. In diesem wurden in der NS-Zeit weit über 1.000 Todesurteile »vollstreckt«. Ermordet wurden hier neben vielen anderen die Geschwister Scholl. Und auch mehrere Mitglieder des Hartwimmer-Olschewski-Widerstandskreises.

Foto: oh

## Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

**September:** Ruth Steinführer, München, 88 Jahre; Martin Ermer, Veitsbronn, 86 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 86 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 85 Jahre; Hugo Höllenreiner, Ingolstadt, 81 Jahre; Emmy Menzel, München, 75 Jahre; Willi Heckler, Unterschleißheim, 60 Jahre; Jürgen Herzog, Neubiberg, 60 Jahre; Leo Knabe, Furth im Wald, 60 Jahre; Herbert Markus, Maisach, 60 Jahre

**Oktober:** Gisela Freudenthal, Füssen, 88 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 87 Jahre; Hermann Höllenreiner, Mittenheim, 81 Jahre; Hans-Günter Richardi, Dachau, 75 Jahre; Christina Lichtwarck-Aschoff, Stadtbergen, 65 Jahre; Hans-Karl Loch, Bamberg, 65 Jahre; Waltraud Sexauer, Scheßlitz, 65 Jahre; Gerda Strobel, Moosburg, 65 Jahre; Brita Wandt, Nürnberg, 65 Jahre; Ewald Ziegler, Nürnberg, 60 Jahre; Dr. Harald Munding, Augsburg, 60 Jahre

## Holzgartenschule Nürnberg :

### Erinnerung an Oskar Pflaumer

»In ehrendem Gedenken an Oskar Pflaumer, ehemaligen Schüler und im antifaschistischen Widerstand 1933 frühes Opfer des NS-Terrors – sowie in schmerzlicher Erinnerung an all die jüdischen Angehörigen der Holzgartenschule, die unter der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus ihre Heimat und ihr Leben verloren haben. (Juni 2014)«

– Das steht auf der Tafel, die seit dem 30. Juni dieses Jahres in der Nürnberger Schule hängt.

Mit einer eindrucksvollen Gedenkfeier hat die Holzgartenschule an die Ermordung des antifaschistischen Widerstandskämpfers Oskar Pflaumer erinnert und diese Tafel eingeweiht. Oskar Pflaumer war im August 1933 von einer Schlägerbande der SA barbarisch gefoltert und ermordet worden, weil er geholfen hatte, Flugblätter gegen das Nazi-Regime zu erstellen.

Auf Anregung der VVN-BdA (antifa hat darüber berichtet) war die Schule auf den Widerstandskämpfer aufmerksam geworden. **E. A./G. N.**



Tag der Erinnerung und Mahnung erhält in diesem Jahr ein neues Gesicht  
Berlin, Sonntag, den 14. September 2014, 12 bis 19 Uhr

## Mal etwas Neues ausprobieren?

Der Tag der Erinnerung und Mahnung gehört seit 25 Jahren zu den größten regelmäßigen Veranstaltungen, die das Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes und die Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus verbinden. Damit gelang es, den »Tag der Opfer des Faschismus«, der zum ersten Male am 9. September 1945 an der »Werner-Seelenbinder-Kampfbahn« stattfand, nach 1990 weiterzuführen und ihm ein neues Gesicht zu geben. Unser Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg jeweils am zweiten Sonntag im September wurde in den neunziger und frühen zweitausender Jahren von einem breiten Bündnis antifaschistischer, linker und friedensbewegter Gruppen vorbereitet und ausgerichtet, das in Berlin seinesgleichen suchte. Aber mit der Zeit bröckelte die praktische Unterstützung des Vorbereitungskreises immer mehr ab. Das Bündnis präsentierte sich zwar immer wieder eindrucksvoll am Tage selber, im Vorfeld blieb die Unterstützung aber oft aus. Der Vorbereitungskreis sieht dies zwar auch als ein Kompliment für seine gekonnte Arbeit, Unterstützung scheint und schien nicht mehr nötig zu sein, hat aber beschlossen, für dieses Jahr aus dieser Entwicklung Konsequenzen zu ziehen.



»Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik« Entschädigung für die sowjetischen Kriegsgefangenen gefordert wird, das frühe Konzentrationslager »Gutschowkeller« in der Friedrichstraße, der Stolperstein für den Boxer Johann Wilhelm Trollmann in der Fidicinstraße – er wurde als Sinto im KZ Neuengamme ermordet –, an dem seine Tochter Rita Vowe sprechen wird, das Tempelhofer Feld als Ort der Zwangsarbeit für die NS-Rüstungsindustrie und schließlich die Weserstr. 168, letzter Wohnort des 1941 hingerichteten jungen Antifaschisten Heinz Kapelle.

### Fahrradkorso im Mittelpunkt

Deshalb wollen wir etwas Neues auszuprobieren: Statt einer Veranstaltung an einem festen Platz mit Bühne, Zelt und zahlreichen Infoständen wollen wir in diesem Jahr die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand mit einem großen antifaschistischen Fahrrad-Korso auf die Straßen Berlins tragen.

Eine Auftaktkundgebung an einem antifaschistischen Erinnerungsort in Berlin, organisiert von der VVN-VdA (ehemals VVN Westberlin) und ein antifaschistischer Fahrrad-Korso, organisiert von der Antifaschistischen Initiative Moabit, sind schließlich seit vielen Jahren fester Bestandteil des Aktionstages und verdienen größere Aufmerksamkeit, als ihnen in den letzten Jahren zugekommen ist.



Wir hoffen auf zahlreiche Beteiligung unserer treuen Festbesucherinnen und -besucher mit neuem Schwung, diesmal auch auf dem Fahrrad und mit phantasievollem Fahrradschmuck!

Menschen, die nicht (mehr) so gut Fahrrad fahren, können die antifaschistische Bustour nehmen. Beides endet bei einem gemeinsamen Abschlussfest im Kreuzberger Biergarten Jockel.

### Programmablauf

Den Auftakt bildet um 12 Uhr die traditionelle Kundgebung – diesmal am Mahnmahl für die ermordeten Sinti und Roma in der Nähe des Reichstagsgebäudes. Dort werden die VVN-BdA-Bundesvorsitzende Cornelia Kerth, Petra Rosenberg, die Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V., und Milan Pavlowic vom Roma Informations Centrum (RIC) sprechen.

Im Anschluss startet der antifaschistische Fahrradkorso vorbei an Orten von Verfolgung und Widerstand während des Faschismus quer durch Berlin. Stationen sind: das Sowjetische Ehrenmal im Tiergarten, wo gemeinsam mit der

Die Antifaschistin und Schriftstellerin Elfriede Brüning (VVN-BdA) starb nach einem langen und erfüllten Leben am 5. August 2014 im Alter von 103 Jahren. Sie war die letzte Überlebende des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Bis zuletzt nahm sie regen Anteil am gesellschaftlichen Leben und trat als Zeit- und als Augenzeugin der faschistischen Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Bebelplatz auf. Das Foto zeigt sie bei einem ihrer letzten öffentlichen Auftritte am 16. Juni 2014 im Rahmen der monatlichen Reihe Antifa Jour fixe der Berliner VVN-BdA. Sie hat die Welt und uns bereichert. Dafür danken wir ihr und werden sie stets in Erinnerung behalten. Foto: Jutta Harnisch

### Abschlussfest im »Jockel«

Zum Abschluss warten im Biergarten »Jockel« in der Ratiborstraße 14c, direkt am Landwehrkanal, ab 15 Uhr das beliebte VVN-BdA-Antifa-Café, Straßenmusiker/-innen, Infostände, Ausstellungen und gegen 16.30 Uhr eine Diskussionsrunde »Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg« auf die Besucher.

Es diskutieren Ernst Grube (\*1932, VVN-BdA Bayern, Lagergemeinschaft Dachau), Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA, Ulrich Sander, Autor und Bundessprecher der VVN-BdA sowie eine Berliner Friedensaktivistin. Die Moderation übernimmt Monty Schädel, politischer Geschäftsführer der DFG-VK.

Der Aktionstag endet gegen 18 Uhr mit einem tollen »Russki-Bulgarski-Liedski-Tanzki«-Konzert der Gruppe Zhetva. Sie ist der Berliner VVN-BdA durch zahlreiche Auftritte am 9. November zum Pogromnachtsgedenken und am 9. Mai zum Tag des Sieges über den Faschismus verbunden.

### ... und im nächsten Jahr?

Im nächsten Jahr, zum 70. Jahrestag des Tages der Opfer des Faschismus, am 13. September 2015, werden wir wieder einen »großen« Tag der Erinnerung, Begegnung und Mahnung begehen: in Nachbarschaft zur Werner-Seelenbinder-Kampfbahn. Dazu brauchen wir aber Unterstützung schon im Vorfeld, eine angeregte Diskussion, wie wir unseren Aktionstag finanzieren, verjüngen und für weitere, auch neue Gruppen und jüngere Menschen attraktiv und wichtig machen können. Einen Fahrradkorso wird es natürlich auch wieder geben.

Markus Tervooren



Tagung der Berliner VVN-BdA am 7./8. November 2014 im »Haus der Demokratie und Menschenrechte«

# Der (un)vergessene Widerstand der Arbeiter

Vor fünf Jahren haben wir die Tagung »Das rote Berlin – Arbeiterwiderstand gegen das Nazi-Regime« durchgeführt. Aus Beiträgen auf der Konferenz und weiteren Aufsätzen entstand die 2012 im Berliner Dietz-Verlag veröffentlichte Publikation »Der vergessene Widerstand der Arbeiter, Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter«. Rezensionen in deutschen, aber auch in französischen, britischen und kanadischen Fachzeitschriften spiegeln ein erfreuliches Interesse an dem Thema wider.

Auch dieses Interesse bestärkte uns, mit Helle Panke e.V. eine Konferenz mit neuen – im besten Sinne in die Zukunft weisenden – Akzenten durchzuführen: »Der (un)vergessene Widerstand der Arbeiter – Perspektiven für Geschichtsbewusstsein und Erinnerungskultur«. Denn der Arbeiterwiderstand gegen das NS-Regime war umfangreich, er wies erhebliche Kontinuität auf und hatte die größten Verluste zu beklagen. Trotzdem dominiert in der Öffentlichkeit die Annahme, es habe neben den »Männern des 20. Juli«, den Kirchen und der »Weißen Rose« kaum Widerstand gegeben.

## Eine »neue« Erinnerungskultur

Neue Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass die nach wie vor geringe Kenntnis über die zahlreichen Facetten des Arbeiterwiderstandes gegen das NS-Regime nicht einem Mangel an Quellen geschuldet ist. Die Tagung möchte umso mehr auf der Grundlage neuer Forschungsergebnisse einen Beitrag leisten, um das Gedenken an die Widerständler – die sich als handelnde Akteure und weniger als »Opfer« eines nicht

zu beeinflussenden Gangs der Geschichte begriffen haben – stärker in die sich verändernde Erinnerungskultur zu integrieren. Diese »neue«, schrittweise zu entwickelnde und zugleich in einem längeren Prozess beeinflussbare Erinnerungskultur soll – jenseits von Schwarz-Weiß-Denken, Verdrängungstendenzen oder Heldenverehrung – zu eigenständigen Deutungen und Bewertungen durch das Nachdenken über die Komplexität von historischen Abläufen anregen und Schlussfolgerungen für das Handeln in der Gegenwart entwickeln.

## Spielraum für widerständiges Handeln

Geschichtsbewusstsein benötigt das Wissen um das Geschehene und den vergleichenden Blick auf das heute: Ob da etwas ähnlich ist? Unter Einbeziehung von Studien jüngerer Autoren/Autorinnen zum Widerstand gegen das NS-Regime aus den Reihen der Arbeiterbewegung soll erörtert werden, was die Geschehnisse der Vergangenheit – die »Gleichschaltung«, eine Politik zwischen Anpassung und Widerstand, Entscheidungen Einzelner für oder gegen widerständiges Handeln – für

die Gegenwart bedeuten. Eben weil die Zeitzeugen größtenteils verstorben sind, fordern die historischen Ereignisse gerade Menschen, denen es um Geschichtsvermittlung in Schulen, Gedenkstätten, Vereinen oder Gewerkschaften geht, dazu auf, danach zu fragen, was für Schlüsse aus den Erfahrungen im heutigen Alltag zu ziehen sind. Es geht z. B. um den Blick auf Handlungsmöglichkeiten in Krisen, auf Gegenstrategien gegen Rassismus und Neonazismus sowie den Umgang mit Menschen- und Bürgerrechten. Es geht letztlich auch darum, Spielräume und Reaktionsweisen von Gruppen und Einzelnen herauszuarbeiten. Denn ein »neues Geschichtsbewusstsein« muss die Komplexität individueller Alltagsentscheidungsmöglichkeiten im NS-Regime und die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln im Heute vermitteln.

## Umgang mit dem Arbeiterwiderstand

Wir wollen der Frage nachgehen, inwieweit sich im Hinblick auf widerständiges Handeln aus der Arbeiterschaft Bezüge zu Themen eröffnen, die im öffentlichen Diskurs eine Rolle spielen. Wie wirkt sich die heutige »Medienfixiertheit« auf die Vermittlung neuer Forschungsergebnisse und auf das Geschichtsbewusstsein aus? Wie finden neue Erkenntnisse Zugang zu den Multiplikatoren in Schulen und Jugendarbeit? Und wie können sich schulische und außerschulische Akteure stärker vernetzen? Woran liegt es, dass in

**Redaktion: Dr. Hans Coppi**  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Telefon: 030 / 29 78 41 78, Fax: 030 / 29 78 43 78, Internet: [berlin.vvn-bda.de](http://berlin.vvn-bda.de)  
E-Mail: [berlin@vvn-bda.de](mailto:berlin@vvn-bda.de)

## Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto: Postbank Berlin  
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05  
BIC: PBNKDEFF

Schulen der Arbeiterwiderstand im Gegensatz zum bürgerlichen und militärischen selten thematisiert wird? Und dies, obwohl Menschen aus unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung die ersten waren, die aktiv Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Die Verantwortung bei der Förderung von Geschichtsbewusstsein liegt darin, »Wahrheit« als Perspektivenvielfalt zu repräsentieren – ohne in Relativismus zu verfallen. Wir möchten also Erfahrungen auch in einem selbstbewussten Umgang mit dem Arbeiterwiderstand vermitteln.

Die eigentliche Tagung mit namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern findet am 8. November 2014 von 10 bis 17 Uhr im Haus der Demokratie statt. Sie beginnt jedoch bereits am Freitag, dem 7. November, um 19.30 Uhr mit der Vorführung des weitgehend unbekanntes Filmes »Dein unbekannter Bruder« nach einer Erzählung von Willy Bredel mit Uwe Kockisch in der Hauptrolle.

**Hans Coppi und Stefan Heinz**

...immer am 3. Montag im Monat,

**Antifa – Jour fixe**  
Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

**Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz**

**Montag, 15. September 2014, 18.30 Uhr. »Machandel«** –

Lesung und Gespräch mit Regina Scheer. In mehreren Büchern hat Regina Scheer sich mit deutsch-jüdischer Geschichte beschäftigt. Auch der Widerstand gegen den Nationalsozialismus war immer wieder ihr Thema. In ihrem soeben erschienen Roman »Machandel« spannt sie den Bogen von den 30er-Jahren über den Zweiten Weltkrieg bis zum Fall der Mauer und in die Gegenwart. Die Geschichte der DDR, die Hoffnung des Anfangs, die zu

Erstarrung und Enttäuschung wurde, prägte das Leben der Menschen, über die sie schreibt.

**Montag, 20. Oktober 2014, 18.30 Uhr. »Grüßt nun bitte alle Sportkameraden«.** Werner Seelenbinder und der Arbeitersport

Werner Seelenbinder wurde 1904 in Stettin geboren und wuchs in Neukölln auf. Bei den olympischen Spielen 1936 war der populäre Arbeitersportler einer der Favoriten im Ringen. Er plante bei der

Siegerehrung durch Verweigerung des Hitlergrüßes eine spektakuläre Protestaktion. Ein unglücklicher vierter Platz machte dies zunichte. Im Februar 1942 wurde er als Mitglied der Robert-Uhrig-Gruppe verhaftet und nach zweieinhalbjähriger Haft am 24. Oktober 1944 in Brandenburg ermordet. An seinem Grab im Seelenbinder-Sportpark fand 1945 der erste OdF-Tag statt. Unser Jour fixe berichtet nicht nur über sein Leben und sein Wirken, auch der Arbeitersport insgesamt wird beleuchtet.

Ein Paradebeispiel aus der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik

## Ein »Ehrengrab« für den SS-Führer

Die Geschichte des ehemaligen Oberbürgermeisters der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden, Erich Mix (erst NSDAP, dann FDP), ist mehr als ein Paradebeispiel für den Umgang mit Nazis in der Nachkriegs-Bundesrepublik und der damit einhergegangenen partiellen Renazifizierung.

Erich Mix war ein ausgewiesener Nazi. Bereits 1932 trat der damals 34-jährige promovierte Jurist der NSDAP bei, ein Jahr später der SS, wo er bis zum SS-Standartenführer avancierte. 1937 wurde er Nazi-Oberbürgermeister von Wiesbaden, zwei Jahre später zugleich kommunalpolitischer Gauamtsleiter von Hessen-Nassau. Bei Kriegsbeginn ließ er sich als Stadtoberhaupt beurlauben, um zur Luftwaffe zu gehen. Dort wurde er Oberst, Kommandeur

eines Jagdfliegergeschwaders und mit Nazi-Orden hochdekoriert. An der NS-Führungsoffiziersschule unterrichtete er noch bis 1945. Solange blieb er auch Oberbürgermeister von Wiesbaden.

Nach kurzer Haft durch die US-Besatzungsmacht erreichte er in Widerspruchsverfahren gegen die Einstufung als Belasteter die Herabstufung zum bloßen Mitläufer. Bald war er wieder Mitarbeiter der Stadt Wiesbaden, diesmal im

städtischen Rechtsamt, wo er sich u. a. vehement gegen den Rückerstattungsanspruch eines Juden wandte, den er 1938, wie andere Juden auch, selbst enteignet hatte.

1952 saß er mit einem Mitgliedsbuch der FDP in der Stadtverordnetenversammlung. 1954 wurde er dort von der FDP, zu dieser Zeit die stärkste Fraktion im Stadtparlament, als Oberbürgermeister nominiert und durchgesetzt. So amtierte er erneut als Oberbürgermeister von 1954 bis 1960.

Von 1958 bis 1966 gehörte er dem Hessischen Landtag an, dabei zeitweise als Vizepräsident des Landtages und knapp drei Jahre lang als Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Als er 1971 starb, wurde ihm vom Magistrat und dem zuständigen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung ein »Ehrengrab« auf dem Wiesbadener Friedhof zugesprochen, das von der Stadt zu unterhalten und zu pflegen ist.

Nachdem im Laufe der öffentlichen Thematisierung der Nazi-Vergangenheit von Nachkriegs-Politikern in Hessen auch die Geschichte des Ex-Nazis, SS-Führers und FDP-Politikers Erich Mix bekannter wurde, sah sich die Stadt Wiesbaden nunmehr veranlasst, dem ehemaligen Nazi- und SS-Führer nach über vierzigjähriger Hege und Pflege das Ehrengrab abzuverleihen.

P.C. Walther

Universitätsgelände nach KZ-Häftling benannt:

## Norbert-Wollheim-Platz

Nach längerem Drängen mehrerer antifaschistischer Organisationen, Gruppierungen und Personen sowie des zuständigen Frankfurter Stadtteil-Parlaments, des Ortsbeirats 2, hat der Senat der Frankfurter Goethe-Universität der Umbenennung des Grüneburg-Platzes, wie das Eingangsgelände der Universität heißt, in Norbert-Wollheim-Platz endlich zugestimmt. Die Zustimmung wurde beantragt, weil der Platz auf Universitätsgelände liegt, das wiederum (wie auch das Hauptgebäude der heutigen Universität) das ehemalige



Haus und Gelände des IG-Farben-Konzerns waren.

Norbert Wollheim war ein KZ-Häftling, der nach 1945 die IG Farben bzw. deren Nachfolger mit Erfolg auf Entschädigung für die ihm abgezwungene Zwangsarbeit verklagt hatte.

Im Zuge der Namensänderung sollen auf dem Campus außerdem ein Platz und eine Straße nach den seinerzeit verfolgten jüdischen Wissenschaftlern Theodor W. Adorno und Max Horkheimer benannt werden.

pcw

## Preis gegen Rassismus

Fans der Frankfurter Eintracht, die sich mit der Geschichte der Eintracht zur Zeit der Naziherrschaft befassen, haben unter dem Motto »Im Gedächtnis bleiben« einen Preis gegen Rassismus ausgelobt.

Bewerben können sich Gruppen, Vereine oder Personen mit Projekten gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen der Diskriminierung. Mit Preisen von 400, 600 und 1.000 Euro sollen entsprechende Projekte unterstützt werden. Bewerbungen sind möglich

bis zum 30. September unter [www.im-gedaechtnis-bleiben.de](http://www.im-gedaechtnis-bleiben.de).

Dort, wo auch Näheres zu erfahren ist, heißt es u. a.: »Wir wollen Gruppen im Rhein-Main-Gebiet animieren, eigene Projekte zu entwickeln und sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu engagieren. Damit wollen wir möglichst viele Menschen ermutigen, Ideen in die Tat umzusetzen oder bestehende Projekte bekannter zu machen.« Das richtet sich auch an Interessierte, die nicht zur Fanszene gehören.

## Anfrage zu Neonazis

Eine Große Anfrage nach Neonazis, deren Strukturen und Wirkungen in Hessen richtete die SPD-Landtagsfraktion an die Landesregierung. Sie umfasst über 150 Fragen nach Neonazi-Gruppen und Strukturen, nach Wehrsport-Übungen, rechtsradikaler Musikszene, Neonazismus, Antisemitismus usw. Die Erfahrungen mit dem NSU, die aktuelle Zahl von knapp 20 untergetauchten, mit

Haftbefehl gesuchten hessischen Neonazis sowie die versuchte Organisierung von Neonazis selbst in und aus Gefängnissen heraus zeige, dass es gefährliche Netzwerke und Strukturen geben müsse, die offenbar ungenügend wahrgenommen werden und denen nicht entschieden genug entgegengetreten werde. Mit den Antworten der Landesregierung wird in etwa sechs Monaten gerechnet. wr.



Foto: Mike Yu-Hüser

## Gedenken an der Paulskirche

Im Anschluss an die offizielle 20.-Juli-Gedenkveranstaltung der Stadt Frankfurt am Main in der Paulskirche lud die Frankfurter VVN-BdA auch in diesem Jahr zum Gedenken an die Opfer in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ein. Die Namen der Lager sind in das Mahnmal an der Paulskirche eingemeißelt. Nach einer Ansprache von Rolf Heinemann vom Frankfurter VVN-Vorstand (Bildmitte) legten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, unter ihnen auch Mitglieder des Magistrats und des Stadtparlaments, für jedes Lager eine Rose nieder.

## Zur Gefahr der Radikalisierung muslimischer Jugendlicher **Der Salafismus und Pierre Vogel**

Seit dem 11. September 2001 blickt die Öffentlichkeit besorgt auf Tendenzen der Radikalisierung innerhalb eines Teils der muslimischen Bevölkerung.

Die Folge ist ein steigendes Misstrauen gegenüber den hier lebenden Muslimen, die sich unter Generalverdacht gestellt sehen. Ablehnung bis hin zum Rassismus bewirken in diesem Zusammenhang jedoch eher eine Spaltung der Gesellschaft.

Reißerische Schlagzeilen, Stammtischpa-  
rollen oder populistische Rundumschläge  
von Politikern tragen zu diesem Klima  
bei.

Mit Koran-Verteilaktionen seit 2012 in verschiedenen Städten wurde die Gruppe der Salafisten bekannter, besonders durch damit verbundenen Auseinandersetzungen mit rechten Gegnern und der Polizei.

Der sehr orthodox-religiösen Gruppe der Salafisten gehört jedoch nur ein kleiner Prozentsatz der Muslime an. In der großen Mehrheit sehen sie ihre Weise, den Islam zu leben, als Privatsache an und sind weit davon entfernt, zu Hass aufzurufen.

Es ist eine kleine Gruppe junger Männer oder Konvertiten, die sich politisch als Aktivisten verstehen. Fast alle jungen Menschen aus Deutschland, die an Anschlägen beteiligt waren



oder als »Kämpfer« nach Syrien oder in den Irak gegangen sind, befanden sich unter dem Einfluss des Salafismus.

Selbsternannte Prediger wie Pierre Vogel rufen in der Öffentlichkeit nicht zu Hass und Gewalt auf. Sie verfahren geschickter.

Unter Ausnutzung der von erfahrenen Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit betreiben sie religiöse Fanatisierung. So ist ihre Wirkung auf Jugendliche allerdings stark. Die Unterstützung von Gewaltaktionen oder gar Meldungen zur Kriegsteilnahme gehören zu den möglichen schlimmen Folgen. Darin sieht das Offenbacher Bündnis »Bunt statt Braun« die größte Gefährlichkeit.

**B. Leissing**

## Erfahrungen einer Bündnis-Aktion in Offenbach

# Protestaktion gegen Salafisten

Mitte Juni wurde bekannt, dass der Salafist Pierre Vogel in Offenbach eine Kundgebung abhalten will. Das Offenbacher Bündnis »Bunt statt Braun« sah sich veranlasst, dagegen aufzutreten. Das Bündnis hatte sich im Februar 2012 nach dem Bekanntwerden der NSU-Morde und der Verstrickungen verschiedener deutscher Behörden gegründet. Zu den etwa 70 Bündnis-Mitgliedern gehört neben vielen unterschiedlichen Vereinen, Religionsgemeinden, Gewerkschaften, Parteien und antirassistischen Bündnissen aus der Region als Gründungsmitglied auch die Offenbacher Kreisvereinigung der VVN-BdA.

Das jetzt erklärte Ziel war es, den Auftritt von Vogel zu verhindern. »Genauso wie Nazi-Organisationen oder -Parteien sollte auch anderen Personen und Gruppen, die Intoleranz, Hass und Gewalt propagieren, in Offenbach ein öffentlicher Auftritt verboten werden.«

Der gemeinsame Aufruf mit Jusos und Grünen zu einer Gegenkundgebung entstand, nachdem klar wurde, dass die kommunal Verantwortlichen kein Verbot aussprechen werden. In dem Flugblatt von »Bunt statt Braun« hieß es dazu: »Offenbach ist eine Stadt, in der sich Vertreter der verschiedenen Religionen, der Politik und viele Menschen dafür einsetzen, dass das Zusammenleben trotz unterschiedlicher Herkunft oder Religion gut und friedlich funktioniert. Respekt und Toleranz sind dafür eine elementare Grundlage. ... Der von Pierre Vogel propagierte Salafismus steht für religiösen Fanatismus,

Gewalt und Kriegsverherrlichung. Darin sehen wir eine große Gefahr für einen Teil der Jugendlichen in Offenbach. Das Ziel von Pierre Vogel ist es, junge muslimische Menschen, die selbst von Ausgrenzung oder Rassismus betroffen sind und oft wenig Perspektiven haben, für sich zu gewinnen...«

Zu der Gegenkundgebung, die in einiger Entfernung vom geplanten Auftrittsort stattfinden musste, kamen etwa 400 Menschen aus einem breiten politischen Spektrum. Das Interesse der Medien war beachtlich.

Schließlich ermöglichte es die Polizei, dass die Teilnehmer der Gegenkundgebung bis zur Absperrung am Auftrittsort des Salafisten-Predigers ziehen konnten. Spätestens dort wurde jedoch deutlich, dass sich unter den Kundgebungsteilnehmern auch solche mit rassistischer und rechtsextremer Einstellung befanden. Schon bei der Anfangskundgebung



waren einige auf-  
An der Absperrung  
ihre Zahl weiter  
waren nationalistisch-islamfeindliche Pa-  
hören, auch der Hitlergruß wurde gezeigt.

gefallen.  
nahm  
zu. Es  
sche und  
rollen zu

Nachdem die Versuche der großen Mehrheit der antirassistischen Demonstranten, dies zu unterbinden, scheiterten, wurde die Kundgebung von den Veranstaltern offiziell beendet. Mit diesen Leuten wollten sie nicht gemeinsam demonstrieren. Es gab später zwar noch weitere Provokationen, dabei auch eine Verhaftung von vermutlich Rechtsextremen, aber zumindest keine körperliche Gewalt. Die Zahl der Zuhörer von Pierre Vogel und einem weiteren Redner war mit ca. 200 geringer als erwartet.

Die Ereignisse der Kundgebung am 28. Juni haben in Offenbach zu vielen Diskussionen geführt. Fast alle waren auch im Nachhinein davon überzeugt, dass es von »Bunt statt Braun«, wenn nötig, auch weiterhin Proteste gegen solche Auftritte geben soll. Dabei ist eine differenzierte Betrachtung des Phänomens Salafismus eine wichtige Grundlage.

Ebenso wichtig ist es, eine stärkere Teilnahme der muslimischen Gemeinden, die alle Mitglied im Bündnis sind, zu erreichen.

Und es muss auf jeden Fall bereits beim Aufruf eine klare Ausgrenzung rechtsextremer Personen und Inhalte deutlich sein. Leute mit rassistischer Haltung müssen von Anfang an aus der Kundgebung ferngehalten werden.

**Barbara Leissing**

**Redaktion: P. C. Walther**

Landesverband der VVN-BdA Hessen,

Eckenheimer Landstraße 93,

60318 Frankfurt a. Main,

Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

**Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!**

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen

Postbank Frankfurt

IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

BIC: PBNKDEFF

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an [mtb-niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:mtb-niedersachsen@vvn-bda.de)  
 VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221,  
 E-Mail: [niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:niedersachsen@vvn-bda.de)  
 Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke! Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.  
**Redaktion:** Michael Rose-Gille

## Vor fünfzehn Jahren wurde Peter Deutschmann von Neonazis erschlagen **Endlich Gedenkstein in Eschede**

Am 10. August gedachte das »Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus« Peter Deutschmanns, der vor fünfzehn Jahren ermordet wurde (<http://cellerforum.de>).

Er starb an diesem Tag des Jahres 1999 an den schweren Verletzungen, nachdem er am Vortag von den zwei Escheder Neonazis Marco S. und Johannes K. (17 und 18 Jahre) in seiner Wohnung überfallen worden war. Deutschmann hatte sich öffentlich gegen Rassismus und das »Skinhead-Getue« der beiden Neonazis geäußert. Das reichte aus, um totgeschlagen zu werden: Die Täter waren aus Wut über Peter Deutschmanns Ansichten in seine Wohnung eingedrungen, hatten ihn zusammengeschlagen, mit Glasscherben Schnittverletzungen zugefügt und auf ihn eingetreten. Dabei zertrümmerten sie ihm den Kehlkopf. Damit er keine Hilfe holen konnte, zerstörten sie auch das Telefon. Als Nachbarn Stunden später Hilferufe

hörten, kam jede Rettung zu spät. Peter Deutschmann verstarb an den zahlreichen Schlag- und Schnitt-

musste die Bundesregierung eingestehen, dass es sich bei der Tötung von Peter Deutschmann um ein vollendetes Tötungsdelikt mit fremdenfeindlicher Motivation handelte.

Seit über fünf Jahren versuchte das »Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus«, einen Gedenkstein an zentraler Stelle in der Gemeinde Eschede aufzustellen. Der Gemeinderat hatte dies mit großer Mehrheit abgelehnt. Vor allem störte man sich an der Textzeile »Opfer rechtsextremer Gewalt«, also an der politischen Bewertung, die auf dem Stein stehen sollte. Vor einem Jahr fand man nach langem Hin und Her als Kompromiss einen Platz vor der Kirche, klein und nicht so auffällig, vom Kirchenvorstand gebilligt. Allerdings gab es bei der Gedenkfeier in diesem Jahr deutliche Kritik von zwei Kirchenvorstandsmitgliedern.

**Steffen Lenzen, Klaus Meier**



Nach jahrelangem Streit wurde der Gedenkstein für Peter Deutschmann vor der Kirche in Eschede aufgestellt. Gedenken anlässlich des 15. Jahrestages seiner Ermordung durch Escheder Neonazis.  
 Foto: Steffen Lenzen

verletzungen einen Tag später im Krankenhaus. Er wurde 44 Jahre alt und hinterließ eine Tochter.

Im Januar 2000 wurden die beiden Täter wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu einer fünfjährigen Jugendstrafe verurteilt. Einen politischen Hintergrund stellte das Gericht nicht fest.

Nach einer Anfrage der damaligen PDS-Fraktion im Februar 2000

verletzungen einen Tag später im Krankenhaus. Er wurde 44 Jahre alt und hinterließ eine Tochter.

Nach einer Anfrage der damaligen PDS-Fraktion im Februar 2000

## Ehrenmitgliedschaft für Ruth Gröne

An dieser Stelle wurde regelmäßig über das Mahnmal für das ehemalige KZ-Außenlager von Neuengamme in Hannover-Ahlem berichtet. Jahrelang verdrängt und totgeschwiegen, wurde dieser Schreckensort der Vernichtung durch Arbeit besonders durch den beharrlichen Einsatz unseres Ehrenmitglieds Kurt Baumgarte dem Vergessen entrissen. Es entstand der Verein »Bürger gestalten ein Mahnmal«, dessen treibende Kraft damals wie heute mit ihren inzwischen 81 Jahren Ruth Gröne ist. Hinzu kommen ihre unermüdlichen Anstrengungen, als Zeitzeugin über die Verhältnisse im Judenhaus Ahlem zu berichten, die sie mit zehn Jahren als »Halbjüdin« mit ihrer Mutter zu erdulden hatte. Dort erlebte sie auch die Deportation ihres Vaters nach Neuengamme. Er wurde 1945 in Sandbostel ermordet.



Ruth Gröne erhält aus der Hand von Reinhold Weismann-Kieser die Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft in der VVN-BdA.  
 Foto: Klaus Meier

Was lag also näher, als dieser außergewöhnlichen Frau und Mitstreiterin von Kurt Baumgarte die Ehrenmitgliedschaft der Landesvereinigung Niedersachsen anzutragen? Der Landesvorstand fasste den Beschluss, Ruth Gröne nahm an und am 15. Juni wurde die Aufnahme im Anschluss an die Landesvorstandssitzung feierlich und fröhlich vollzogen. Die musikalische Begleitung lieferte die bewährte Gruppe »Agitprop Hannover«. **rwk**

## Zahlreiche Besucher beim Fest der Kulturen in Peine **Deutliches Zeichen gegen Neonazis**

Buntes Treiben herrschte in der Peiner Fußgängerzone, als das »Bündnis für Toleranz« zum Fest der Kulturen unter dem Motto »bunt statt braun«

einlud. Das Bündnis hatte immer wieder Flagge gezeigt, wenn Neonazis versucht hatten, Peine als Aufmarschgebiet und für Wahlpropaganda zu nutzen.

Jetzt setzten 25 Organisationen, Verbände und Parteien ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für ein tolerantes und weltoffenes Peine.

Zu Beginn zitierte die stellvertretende Landrätin Doris Meyermann

den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer: »Wir können aus der Erde keinen Himmel machen, aber jeder von uns kann etwas tun, damit sie nicht zur Hölle wird.« Sie ging auf die Neonazi-Untergrundzelle ein und stellte fest, dass rechtsextremistische Gewalttaten immer noch bagatellisiert und verharmlost werden. Weiter sagte sie: »Eine demokratische, eine humane Gesellschaft ist kein Zustand, den man einmal erreicht hat und der dann automatisch bestehen bleibt.« Sie freute sich über die parteiübergreifende Verständigung des gemeinsamen Neins der Demokraten gegen rechts.

Superintendent Dr. Volker Menke bezog sich vor allem auf den Paragraphen eins des Grundgesetzes, denn »die Würde des Menschen in all seinen Spielarten« sei unantastbar

und unteilbar. Peines DGB-Kreisvorsitzender Frank Raabe-Lindemann zeigte sich von der großen Zahl der Teilnehmer begeistert: »Peine schaut nicht zu, wenn Neonazis öffentliche Räume in unserer Stadt besetzen. Wir werden alles dafür tun, dass Peine nicht nur für Stahl und Bier bekannt ist, sondern auch für aufrechte Demokraten, die sich gegen rechts zur Wehr setzen.«

Auf der Bühne wurde ein umfangreiches Musikprogramm geboten. Auf deren Rückseite prangten mehrere Transparente, darunter die Losung der VVN-BdA »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen«.

Die Organisatoren zogen ein positives Fazit und hoffen, auch im nächsten Jahr wieder gemeinsam ein Zeichen gegen die braune Gefahr zu setzen.

**Peter Baumeister**

Ein großer Tag für die Erinnerungskultur in der Region Hannover:

## Gedenkstätte Ahlem neu eröffnet

Die Gedenkstätte auf dem Gelände der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule in Ahlem galt seit ihrer Gründung 1987 als einer der zentralen Gedenkort der Region für ein hoffnungsvolles jüdisches Leben, das von der Nazibarbarei grausam vernichtet worden war.



Die Leiterin der Gedenkstätte Ahlem, Frau Burmeister (Mitte), bei ihrer Führung durch das Haus

Die Schule wurde 1893 von dem jüdischen Bankier Moritz Simon gestiftet, um bedürftigen jüdischen Kindern und Jugendlichen das Erlernen produktiver Berufe zu ermöglichen. Nach 1933 bildete die Schule einen Zufluchtsort für die zunehmend Ausgrenzten zur Vorbereitung auf eine Auswanderung. 1941 ging von dort aus der erste Großtransport in

das Ghetto von Riga; weitere folgten. Ab 1942 wurde die Schule zu einem der »Judenhäuser« erklärt, in denen verbliebene jüdische Familien zusammengepfercht wurden.

Ab 1943 wurde sie in eine Gestapo-Außenstelle zur Überwachung und Terrorisierung von Zwangsarbeitern umgewandelt. Nach dem 20. Juli 1944 wurde dann ein Polizeiersatz-

gefängnis eingerichtet. 1945, in den krampfhaften letzten Zuckungen des Regimes, fanden in der Laubhütte der Schule viele Mordaktionen der Gestapo statt. Nach der Befreiung gründeten Überlebende hier einen Kibbuz, bis die letzten 1948 nach Palästina auswanderten.

Gemessen an dieser Geschichte, war die Ausgestaltung der Gedenkstätte über die Jahre eher bescheiden: Es gab einen Gedenk- und Ausstellungsraum im Keller und einen Seminarraum im Erdgeschoss des ehemaligen Direktorenhauses der Schule, im Außengelände eine Gedenkstätte für die Laubhütte, dem Ort der Gestapo-Morde.

Vor sieben Jahren entschloss sich die Region nun zu einer großzügigen Neugestaltung, die das gesamte Direktorenhaus und dessen innere Ausgestaltung als Gedenk- und Lernort und die gärtnerische Umgestaltung des Außenbereichs umfasst. Nach 15 Monaten Bauzeit wurden nun die preisgekrönten Entwürfe mit einem Kostenaufwand von 6,3 Mio. Euro umgesetzt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Moderne Gestaltungselemente sind mit denkmalpflegerischer Sorgfalt verbunden. Die

Ausstattung entspricht modernsten didaktischen und medienpädagogischen Anforderungen.

Zur Eröffnungsfeier am 25. Juni waren 400 geladene Gäste gekommen. Als Ehrengäste waren überlebende Zeitzeugen mit ihren Angehörigen aus dem In- und Ausland angereist. Barbara Traub vom Zentralrat der Juden in Deutschland und Manfred Böhmer vom Niedersächsischen Verband Deutscher Sinti sprachen Grußworte. Nach der Eröffnung erfolgte eine Führung durch das Haus.

Es ist hier natürlich unmöglich, das Konzept und die Gliederung des Hauses angemessen darzustellen. Das wird an dieser Stelle zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. Der Förderverein Gedenkstätte Ahlem lud vier Tage vor dem Ereignis im kleineren Kreis zu einer Vorbesichtigung ein, von der die Aufnahme stammt. Hans-Jürgen Hermel (VVN-BdA) vom Förderverein gab eine Übersicht über die Entwicklung der Konzeption des Projekts, die Leiterin der Gedenkstätte, Frau Stefanie Burmeister, führte die Gruppe anschließend durch die Räume.

**Reinhold Weismann-Kieser**

Stadtverwaltung Braunschweig verhindert Würdigung des Lebenswerkes von Minna Faßhauer

## Stolpersteine für Martha und Rudolf Claus

Am 22. Juli 2014 verlegte Gunter Demnig in Braunschweig eine Reihe weiterer Stolpersteine, darunter für Martha und Rudolf Claus vor dem Haus Karl-Marx-Str. 4, dem letzten freiwillig gewählten Wohnort der Antifaschisten.

Rudolf Claus wurde 1893 geboren. 1912 wurde er SPD-Mitglied, 1914 meldete er sich als Freiwilliger zum Kriegsdienst und wurde aufgrund seiner Erlebnisse zum Kriegsgegner. Er war seit 1918 USPD-Mitglied, nahm an der Novemberrevolution in Braunschweig teil, ging dann zur neu gegründeten KPD und nach dem Heidelberger Parteitag der KPD 1920 zur Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Beim Mitteldeutschen Aufstand im März 1921 gehörte er zum engeren Kreis um Max Hoelz. Er wurde mehrfach ver-

haftet und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, kam jedoch später jeweils durch Amnestie wieder frei.

Rudolf nahm Kontakt zur Roten Hilfe auf und wurde Sekretär für den Raum Hannover-Braunschweig-Halle. Nach seiner Verhaftung in Holzminden Anfang April 1933 und der Entlassung nach der zweimonatigen Haft lebte er bis zu seiner erneuten Verhaftung 1934 illegal in Berlin.

Während der Haft wurde Rudolf Claus schwer misshandelt und gefoltert, da man von ihm Informationen bekommen wollte. Er blieb standhaft und schwieg, wie Mitgefangene später berichteten. Der Prozeß gegen ihn, Eva Lippold, Ferdinand Steffens, Hans Lippert und Arthur Weisbrodt begann am 25. Juli 1935 am Volksgerichtshof in Berlin. Seine Mitangeklagten

erhielten teilweise hohe Zuchthausstrafen, gegen Rudolf Claus wurde die Todesstrafe verhängt. Er wurde am 17. Dezember 1935 in Plötzensee mit dem Handbeil hingerichtet.

Martha Deneke, 1893 geboren, war seit 1930 mit Rudolf Claus verheiratet und wurde 1931 Mitglied der KPD. Bei einem Besuch ihres Mannes im Berliner Gefängnis im Oktober 1935 wurde sie verhaftet und nach Braunschweig überführt. Von dort kam sie ins KZ Moringen, aus dem sie 1938 entlassen wurde, aber unter Polizeiaufsicht blieb. Sie blieb Mitglied in der KPD bis zu deren Verbot und bis zu ihrem Tod 1962 in der VVN organisiert.

Vorgesehen war daneben auch die Verlegung eines Stolpersteins für Minna Faßhauer, die als erste Frau

in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg ein Ministeramt ausübte und als Volksbildungsministerin noch heute gültige Reformen auf den Weg brachte. Verhindert haben dies der im Jahr 2014 abgewählte Oberbürgermeister Braunschweigs Dr. Gerd Hoffmann und die Städtische Bedienstete für Kultur Dr. Anja Hesse. Sie sprach auf der Präsentation, die der Verein »Stolpersteine für Braunschweig e. V.« vor jeder Verlegung zu den jeweiligen Personen durchführt, die einleitenden Worte, wobei sie die Fakten zu Minna Faßhauer anzweifelte, die unsere Kameradin Heide Janicki aus den Akten des KZ Moringen vortrug. Hierdurch verhinderte sie schließlich die Verlegung des Stolpersteins für Minna Faßhauer.

**Paul Pockrandt**

Forderung einer Podiumsdiskussion:

# Bundeswehr raus aus Mülheimer Schulen!

Am 25. Juni fand die Podiumsdiskussion »Bundeswehr raus aus den Schulen!« im Mülheimer Jugendzentrum Stadtmitte an der Georgstraße statt, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Mülheim, dem Mülheimer Friedensforum und der VVN-BdA Kreisvereinigung Mülheim durchgeführt wurde.

Die hervorragende Planung verdanken wir ganz wesentlich unserem Mülheimer Mitglied Gigi Merten. Auf dem Podium nahmen teil Joachim Schramm für die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DfG-VK), Gabi Lenkenhoff für die Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen (LISA) und Simone Skorupa für die Landeschüler/-innenvertretung NRW. Moderiert wurde die Diskus-

sionsveranstaltung von der stellvertretenden Vorsitzenden der Mülheimer VVN-BdA, Nina Eumann. Innerhalb der Vorstellungsrunde erläuterte jede/jeder der Podiumsteilnehmer und teilnehmerinnen bereits auch einige inhaltliche Aspekte.

Joachim Schramm (DfG-VK): Im Jahr 2012 hat das Schulministerium NRW die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr erneuert, mit der die Bundeswehr leichter Zugang

zu den Klassenräumen erhält. Die Neutralität der Institution Schule werde hierbei ebenso verletzt wie ihr Bildungsauftrag zur Friedenserziehung laut Landesverfassung und Grundgesetz. Das Schulgesetz NRW schreibt eine Erziehung zur Friedensgesinnung vor – auch darf es keinerlei Werbung an Schulen geben. Die Bundeswehr hingegen betreibt diese mit einem bisherigen Etat von 30 Mio. Euro.

Gabi Lenkenhoff (LISA) ergänzte, dass bei Abschaffung der Wehrpflicht gleichzeitig auch das Meldegesetz umgeändert wurde, so dass jetzt alle Jugendlichen im Alter von 17 Jahren ein dickes Werbepaket von der

Bundeswehr automatisch zugeschickt bekommen. Innerhalb dieser Pakete werden eine gute Bezahlung und ein sicherer Arbeitsplatz versprochen, während der Zwang zu Auslandseinsätzen, den hiermit verbundenen tödlichen Gefechten, die Gefahr von Verletzungen, psychischen Traumata und der eventuelle Verlust des eigenen Lebens sowie die »Pflicht«, dasselbe auch anderen Menschen zuzufügen, verschwiegen werden. Gefordert wurde, Schulen zu »bundeswehrfreien Zonen« zu erklären und gemäß Datenschutz die Herausgabe der Daten durch die Meldebehörden zu verweigern.

Andy

## Solidarität mit den Menschen in der Keupstraße Verbrechen des NSU sind unvergessen



Am Pfingstsonntag, am 8. Juni, fand in Köln anlässlich des 10. Jahrestages des Nagelbombenanschlags des NSU in der Keupstraße ein großes Kulturfest auf der Keupstraße und dem angrenzenden Gelände des Schauspiels Köln statt. Die Podiumsdiskussionen zum Thema, die Veranstaltungen mit den Rechtsanwältinnen der Opfer – zu allen Diskussionen kamen mehr Menschen, als die Orte fassen

konnten. In einem Durchgang zu einem Hinterhof lasen den ganzen Tag Schauspielerinnen und Schauspieler des Theaters aus den Akten der Untersuchungsausschüsse, aus Vernehmungsprotokollen und den rassistisch geprägten Zeitungsberichten aus den Jahren, als die Ermittlungen sich gegen die Opfer selbst gerichtet hatten. Auch die VVN Köln war mit einem Infostand vertreten. **Ub**

**Broschüre: Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre, 128 S. bebildert, Preis: 10 Euro. Die Broschüre setzt die Pogrome der 1990er-Jahre in Bezug zu den NSU-Anschlägen und zeigt gemeinsame Erfahrungen und Analysen von Rassismus in Deutschland. Herzstück der Broschüre sind die Interviews mit den Betroffenen der Nagelbombe, die ein-drücklich ihre Beobachtungen als Augenzeugen schildern, aber auch davon berichten, welche Tortur sie in den Jahren nach dem Anschlag erleben mussten.**

## Gesamtschule Alt-Oberhausen umbenannt Stadt Oberhausen ehrt antifaschistische Künstlerin

Der Rat der Stadt Oberhausen beschloss, der städtischen Gesamtschule Alt-Oberhausen zum Schuljahr 2014/2015 den Namen Fasia-Jansen-Gesamtschule zu verleihen. Aus dem Beschluß: »Der Vorschlag, diese Gesamtschule in Fasia-Jansen-Gesamtschule umbenennen, wurde von der Schülervertretung bei der Schulleitung eingereicht, mit der Begründung, dass gerade Fasia Jansen eine Namensträgerin sein könnte, mit der sich die Schülerinnen und Schüler der Schule identifizieren könnten. (...) Trotz gesundheitlicher Probleme trat sie Zeit ihres Lebens zuversichtlich und unermüdlich für Frieden und Gerechtigkeit ein und bediente sich dabei eines sehr friedlichen Mittels: ihrer Stimme, der Musik. Ihre positive Lebenseinstellung, ihr energisches Engagement und ihr unbedingter Kampf für die Menschenwürde können den Schülerinnen und Schülern unserer Schule sowie allen in ihr arbeitenden Erwachsenen als Vorbild dienen, können trösten und ermutigen.«

Schulleiter Karl-Heinz Burkart ist mit der Wahl sehr zufrieden: »Der Vorschlag kam aus der Schülerschaft. Wichtig war auch für uns, dass die Person auch heute noch von Relevanz ist.« Burkart sieht das



Fasia Jansen (1929-1997). Sie besang die Zustände mit dem Ziel der Veränderung. Nach Fasia wurde eine Schule in Oberhausen benannt. Foto: Asso Oberhausen

gegeben: »Sie war ein Kind aus zwei unterschiedlichen Kulturen, lebte in einem Arbeiterviertel, hat Diskriminierung erfahren. Das passt zu unserer Multikulti-Schule mit Schülern aus 22 Nationen.« Die Künstlerin und Ostermarschiererin Fasia Jansen lebte in Oberhausen. Sie war als Kind mit afrikanischen Vorfahren Häftling im KZ Neuen-gamme und Gründungsmitglied der VVN Hamburg.

Programmatische Eckpunkte an Landtagsabgeordnete übergeben

# NRW braucht eine Friedenspolitik

Die Untätigkeit der Landespolitik in vielen Bereichen von Antifaschismus und Antimilitarismus sowie die geschichtspolitischen Herausforderungen speziell in NRW und die nur sehr selektive Anwendung der Landesverfassung – dies hat die VVN-BdA in NRW veranlasst, sich speziell zur Landespolitik zu äußern. So in den Programmatischen Eckpunkten, beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz. Sie wurden allen Landtagsabgeordneten zugeleitet.

Die dramatische Entwicklung in Osteuropa zeigt: Der Krieg ist nach Europa zurückzukommen. Da kann die außenpolitische Zurückhaltung unserer Landespolitiker nicht mehr hingenommen werden. Wir stellen in unseren Eckpunkten fest: »Auch in NRW wird die Militarisierung fortgesetzt. NRW ist längst zu einem Zentrum militärischer Kommandos

ausgebaut worden.« Zusätzlich steht »seit Juli 2013 in Kalkar am Niederrhein ein Luftkommando bereit, um den Krieg weltweit per Joystick zu führen, so auch z. B. Einsätze von Kampfdrohnen.«

## Wirksame Politik für die Bürgerrechte und gegen Nazis

In dem Brief heißt es weiter: Aus unserem Land wurden keine ernst zu nehmenden Proteste der Regierenden gegen die exorbitante Ausweitung der Bespitzelung der Bürgerinnen und Bürger durch die NSA und gegen die Zunahme der Macht des Verfassungsschutzamtes und des V-Leutesystems bekannt. Mittels Nutzung der von der NSA ausspionierten Ergebnisse machen sich Bundes- und Landesregierung sogar zum Komplizen dieser US-Praktiken und betreiben mit diesen auch hier den Überwachungsstaat. Grundrechte und Bürgerrechte werden gefährdet. Statt das Wirken

der Terrorbande NSU in unserem Bundesland aufzuklären und den Verfassungsschutz aufzulösen, wurde das V-Leute-Unwesen beibehalten und ein neues Verfassungsschutzgesetz beschlossen.

Während jetzt auch die Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg je einen Landtagsausschuß zur Untersuchung der im NSU-Prozess bekannt gewordenen Vorgänge um den Rechtsextremismus im Bundesland schufen, wurde ein entsprechender Beschluss in NRW noch nicht umgesetzt.

Die VVN-BdA NRW fragt die Landtagsabgeordneten abschließend: »Wie zuverlässig ist ein Verfassungsschutz – auch in NRW –, der nicht auf die Idee kommt, die gezielte Tötung

**Redaktion:** Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55,  
42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29  
E-mail: [nrw@vvn-bda.de](mailto:nrw@vvn-bda.de)

Viele weitere Informationen, fast täglich neu, sind unter [www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de) zu finden. Wir bitten um Spenden für unsere Arbeit.

**Unser Spendenkonto:** Die neue Kontonummer ist: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35 BIC (SWIFT): PBNKDEFF

und Verletzung von Ausländern könnte einen fremdenfeindlichen, rechtsextremistischen Hintergrund haben? Im Übrigen möchten wir bemerken, dass wir angesichts der faschistischen Verbrechen im Lande das faktische Verbot der Losung »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« (Heft Andy Nr. 3) in den Schulen nicht nur für geschmacklos, sondern für skandalös halten.« **falk und ulli**

**Gegen das NATO-Luftkommando protestiert die NRW-Friedensbewegung am 3. Oktober in Kalkar. Einzelheiten siehe [www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de) Bildet Fahrgemeinschaften. Diesen Termin unbedingt vormerken: 3. Oktober 11.30 Uhr Marktplatz Kalkar!**

**Wir verlangen die Schließung des NATO- und Bundeswehr-Luftkommandos in Kalkar/Uedem, aus dem im März angesichts der Ukraine-Krise die »Gefechtsbereitschaft« und die Zuständigkeit für den Luftraum bis in den Bereich von St. Petersburg und Moskau gemeldet wurde. Die Landespolitik – Landtag und Landesregierung – sollten endlich ihr Schweigen beenden und entschieden für Frieden, Entspannung und Abrüstung eintreten.**

## VVN Mülheim/Ruhr zeigt eigene Ausstellung Vom Widerstand an der Ruhr



Die Ausstellung der Mülheimer VVN-BdA »1933 bis 1945 – Widerstand und Verfolgung in Mülheim an der Ruhr« kann noch bis zum November dieses Jahres in der Stadtebibliothek Heißen im Gebäude des Gymnasiums Heißen in Mülheim an der Ruhr besichtigt werden. Die neue Ausstellung versteht sich als Unterstützung für die Vergangenheitsaufarbeitung von 1933 bis 1945 und als Beitrag zur Aufklärung gegenüber neofaschistischen Tendenzen der Gegenwart. Die Ausstellung umfasst Themenstellungen wie die Vorgeschichte des Nazi-Regimes, die Machtübertragung an Hitler, Frauen im Widerstand, der Widerstand der Arbeiterparteien und Organisationen, das Verhältnis zwischen NS-Staat und Kirche,

zwischen NS-Staat und Künstlern, die Judenverfolgung, die Zwangsarbeit, die Lager sowie die Vernichtungspolitik, der Krieg und das Ende der NS-Herrschaft. Ganz neu aufgenommen wurden in der aktuellen Ausstellung die Themengebiete »Euthanasie« sowie »Sinti und Roma.« **Ant**

## Presseerklärung der VVN-BdA Wuppertal Zum Brandanschlag auf Synagoge

Der Brandanschlag auf die Barner Synagoge der jüdischen Gemeinde in Wuppertal wurde von der VVN-BdA entschieden verurteilt: »Wir möchten den Menschen jüdischen Glaubens unsere volle Unterstützung zusichern – gerade in dem Land, von dem die unfassbaren Verbrechen des Faschismus ausgingen.

In den Reihen der VVN-BdA haben sich zahlreiche jüdische Antifaschisten nach dem Krieg darum bemüht, eine bessere Gesellschaft aufzubauen – etwa Peter Gingold, Kurt Goldstein oder Emil Carlebach.

Sie sind vehement Hetze und offener Gewalt gegen Minderheiten entgegengetreten. Diese Arbeit führt die Kreisvereinigung Wuppertal der VVN-BdA heute fort in Solidarität mit der Jüdischen Kultusgemeinde. Wir warnen aber auch eindringlich davor, diesen Anschlag im Zusammenhang mit aktuellen politischen Konflikten zu instrumentalisieren. Gegen Rassismus! Gegen Antisemitismus! Frieden für Israel und die Palästinenser! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!«

**Sprecherkreis der VVN-BdA Wuppertal**

## VVN erinnerte an Beginn des Ersten Weltkrieges »Beendet die Kriege!«

Die VVN-BdA Bochum hat am 2. August zum 100. Jahrestag der deutschen Mobilmachung Gräber von Kriegsgefangenen mit Blumen geschmückt. An der Gedenk- und Mahnaktion beteiligten sich auch Angehörige der Friedensbewegung und der SDAJ. Auf dem Katholischen Friedhof Watterscheid und dem Kommunalfriedhof Höntrop wurden Blumenschalen aufgestellt. Die Gräber der dort bestatteten 66 russischen und zwei serbischen Kriegsgefangenen wurden mit roten Rosen geschmückt. Die blauen Schleifen der Blumengebinde enthielten die aktuelle Forderung: »Beendet die Kriege.« **VVN-BdA-Bochum**

Exkursion der VVN-BdA Vogtland führt zum Außenlager Lengenfeld des KZ Flossenbürg

## Das dunkle Kapitel vogtländischer Geschichte

Einer Tradition folgend, trafen sich im Juli die Mitglieder der VVN-BdA Vogtland zu ihrer Sommer-Exkursion 2014. Im Mittelpunkt stand diesmal der Besuch von Stätten im Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren: In Reichenbach erinnert die Gedenkkanlage im Bürgerholz an der Waldstraße an 266 sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten.

Einige von ihnen wurden erst nach dem Krieg hierher umgebettet. In Lengenfeld gab es am Walkmühlenweg seit Oktober 1944 ein Männer-Außenlager des KZ Flossenbürg. 800 Häftlinge kamen aus dem Hauptlager ins Vogtland. Sie wurden als Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie – in den »Leng-Werken«, einem Verlagerungsbetrieb der Magdeburger Junkers-Werke – eingesetzt. Ihre Zahl wuchs bis zur Räumung des Lagers noch einmal um etwa zweihundert an. Am 13. April 1945 begann für die etwa 700 gefähigen Häftlinge der »Todesmarsch«. Quer durch das Vogtland bis Karlsbad und Marienbad ging es fast bis zum Stammlager in die Oberpfalz zurück. Am 26. April 1945 endete dieser Marsch etwa 25 km vor dem Todeslager in Primda. 216 Häftlinge waren an den fürchterlichen Haftbedingungen zugrunde gegangen – beerdigt in Reichenbach und Lengenfeld. Seit

Mai 1965 erinnert ein Gedenkstein auf dem Fußboden der ehemaligen Waschbaracke des Lagers an die Opfer der Nazi-Diktatur. Die Fachfrau für vogtländische Geschichte, Kameradin Waltraud Schmidt, erläuterte das historische Geschehen und erinnerte an mehrere Lager dieser Art im Vogtland, so in Plauen, wo 250 weibliche Häftlinge aus dem KZ Auschwitz als Zwangsarbeiterinnen für OSRAM tätig waren, und Mehltheuer – 200 Jüdinnen wurden hierher aus dem KZ Bergen-Belsen verschleppt. Wir ehrten das Andenken der Opfer und schmückten die Gedenksteine mit roten Nelken.

Danach besuchten wir Bad Elster. Herr Schmidt von der dortigen Tourismus-Information führte uns durch das altehrwürdige König-Albert-Theater und ermöglichte einen sehr informativen Blick hinter die Kulissen des Musentempels, der zu den prachtvollsten Hoftheatern Sachsens zählt und als letztes seiner Art kurz

### »Zeitzeugnisse« verknüpft die Generationen Erinnerungskultur neu gedacht

Es ist bemerkenswert: Nach einer Zeit des scheinbaren Rückzugs aus der Erinnerung an Faschismus und Widerstand in den 1990er-Jahren begeben sich junge Leute zunehmend auf Spurensuche, arbeiten das Entdeckte auf und fragen nach dessen Einbeziehung in eine zeitgemäße Erinnerungskultur – jenseits von Ritualen, Verklärung oder auch Verdrängung.

Welchen Beitrag kann die Bildende Kunst in der Erinnerungspolitik leisten? Dieser Frage gehen Susanne Knoll und Luise Marbach in ihrem Projekt »Zeitzeugnisse« nach. Dabei wollen sie sich mit der Frage auseinandersetzen, wie kommende Erinnerungsarbeit ohne Zeitzeugen aussehen kann.

Der BdA Leipzig unterstützt das vom Kulturbahnhof Markkleeberg getragene Projekt. Ausgangspunkt der Zeitzeugengespräche ist, welche Ideen und Erwartungen die erste Generation für die künftige Erinnerungskultur hat. Wie stellt sie sich die Vermittlung ihrer eigenen Geschichte vor? Die Zeitzeuginnen und -zeugen stehen dem sehr aufgeschlossen gegenüber. Die Gespräche laufen. Eines wird deutlich: Die Angehörigen der verschiedenen Generationen wollen miteinander ins Gespräch kommen, keiner hat Berührungsängste. Auch die Kombination Kunst-Technik-Zeitgeschichte wird interessant. Die öffentliche Präsentation findet im November 2014 statt.

**Brigitte Rieger**

vor Beginn des Ersten Weltkrieges im Mai 1914 eröffnet worden war. Anschließend lernten die Senioren bei einer Stadtrundfahrt noch manches aus der Geschichte von

Bad Elster kennen. Im Berggasthof »Heiterer Blick« auf dem Oberen Berg in Markneukirchen fand das Tagesprogramm seinen Abschluss.

**Gerd Köhler**

## Mit Schirmherrn Peter Sodann nach Wurzen In Erinnerung an die Todesmärsche

Den 8. Mai, Tag der Befreiung vom Faschismus, nimmt der BdA Leipzig jedes Jahr zum Anlass, der Millionen Opfer von 1933 bis 1945 zu gedenken. In diesem Jahr organisierte er bereits zum 15. Mal – immer gemeinsam mit verschiedenen Gruppen und Initiativen – einen Gedenkmarsch in Erinnerung an die Todesmärsche, auf die die KZ-Häftlinge im Frühjahr 1945 getrieben wurden. Denn auch Leipzig war ein Ausgangspunkt von Todesmärschen.

In diesem Jahr ist es gelungen, für die Auftaktveranstaltung in der Park-Allee, Standort des ehemaligen Frauen-KZ Schönau, mit dem Kinder- und Jugendtheater »theatrium« sowie dem Ökumenischen Kinder- und Jugendchor der Grünauer Kirchgemeinden Paulus und St. Martin lokale Partner zu gewinnen. Dies ist insofern erfreulich, als dass sich genau jene jungen Menschen, die die Allee täglich nutzen, im Rahmen dieser Aktion intensiv mit den einstigen Gescheh-

nissen auseinandersetzen und dazu beitragen, die Erinnerungskultur an diesem Ort zu fördern. Eröffnet mit Worten des Gedenkens, ergänzt mit Tanzstücken durch »theatrium« sowie mit Gesangsdarbietungen vom Ökumenischen Kinder- und Jugendchor, wurde die Veranstaltung ein voller Erfolg. Zugleich wurde auch eine neue Gedenktafel eingeweiht, die auf eine Initiative der Freien Schule Leipzig zurückgeht.

Anschließend ging es vom Gedenkstein für die Zwangsarbeiter in der



Gedenkmarsch 2014 in Richtung Wurzen in Erinnerung an die Todesmärsche von 1945. Foto: Gustav Peinel

Permoserstraße nach Machern, wo wir uns mit der Gruppe aus Borsdorf vereinigen, um dann gemeinsam bis Wurzen mit dem Schirmherrn Peter Sodann zu marschieren. Die neue Gedenktafel wurde am 29. August von Neonazis mit einem Hakenkreuz geschändet, das zeigt: Wir dürfen in unserem Kampf nicht nachlassen.

**BdA Leipzig**

**V.i.S.d.P.** Peter Giersich.  
**Redaktion:** Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehleiner Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903,  
**E-Mail:** [vvn-bda-sachsen@t-online.de](mailto:vvn-bda-sachsen@t-online.de)  
**Spendenkonto:** Commerzbank Dresden, BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE47 8508 0000 0528 2111 00; (BLZ: 85080000, Konto-Nr.: 528211100)